metallzeitung

Mitgliederzeitung der IG Metall | Jahrgang 69 | September 2017 | D 4713

Politik für alle – sicher, gerecht und selbstbestimmt

BUNDESTAGSWAHL 2017

DER GROSSE IG METALL-WAHLCHECK

Jugend spezial

Ausbildung Metallerinnen und Metaller verbessern die Ausbildung in ihrem Betrieb → Seite 20

Geld, Urlaub, Spaß Es lohnt sich, Mitglied in der IG Metall zu sein → Seite 23

Bezirk → Seite 28

›INHALT

4 **Feiern und lernen** Beim Jugendcamp der IG Metall am Biggesee stand neben Party auch Politik auf dem Programm.

6 **Gesundheit** Die Versicherten der Barmer können bis zum 4. Oktober ihre Selbstverwaltung wählen. Beate Kautzmann kandidiert bei der Barmer auf der Liste der IG Metall.

7 **Antikriegstag** Seit 60 Jahren erinnern die Gewerkschaften am 1. September an die Schrecken zweier Weltkriege.

8 **Im Gespräch** Zum Ausbildungsstart erläutert Christiane Benner, Zweite Vorsitzende der IG Metall, was »modern bilden« heißt.

10 **Kampagne** Auszubildende und Studierende erklären Politikern, was sich im Berufsbildungsgesetz ändern muss.

11 **Leiharbeit** Philipp Jochmann fiel zu spät auf, dass seine Ausbildung in die Leiharbeit führte. Aber immer noch früh genug, um sich zum Betriebsrat wählen zu lassen und einiges zu verbessern.

TITEL 12

Bundestagswahl 2017: Wir checken die Pläne der Parteien

Welchen Wert hat unsere Arbeit? Werde ich von meiner Rente einmal gut leben können? Kurz: Wie gerecht geht es künftig in unserem Land zu? Bei der Bundestagswahl geht es um viel. Wir haben die Wahlprogramme der großen Parteien durchleuchtet. Der Check zeigt, was für Beschäftigte drinsteckt.

16 **Umfrage unter Bundestagsabgeordneten** Was haben Metallerinnen und Metaller im Bundestag erreicht?

18 **Arbeitszeitkongress** In Mannheim diskutierte die IG Metall über Arbeitszeiten, die zum Leben passen.

20 **Ausbildungsqualität** Drei junge Metaller erzählen, wie sie die Ausbildung in ihrem Betrieb verbessert haben.

22 **Duales Studium** Jurist Tjark Menssen erläutert, wie sich dual Studierende und Auszubildende rechtlich unterscheiden.

23 **Geld, Urlaub, Spaß** Warum sich die IG Metall auch für junge Menschen in der Ausbildung lohnt.

24 **Rechte und Pflichten** Wozu sind Auszubildende verpflichtet? Welche Rechte haben sie? Wer seine Ausbildung startet, sollte die wichtigsten Antworten kennen.

26 **Last minute** Das Ausbildungsjahr hat zwar schon begonnen, aber es gibt noch offene Stellen. Wer noch sucht, kann sich an die Agentur für Arbeit wenden. Sie vermittelt noch offene Stellen.

26 **Weiterbildung** Die Tarifverträge der IG Metall ermöglichen Weiterbildung auch in Teilzeit neben der Arbeit.

27 **Chance für Studienabbrecher** Wie der Wechsel in eine andere Berufsausbildung gelingen kann.

28 **Aus den Bezirken**

30 **Lokales/Karikatur**

31 **Rätsel/Impressum**

Die nächste Ausgabe liegt ab dem 7. Oktober in Euren Briefkästen. Der Grund: Wir wollen über die Ergebnisse der Bundestagswahl berichten

›REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE:
21. August 2017

Titelfotos: Roman Brodel, Cordula Kropke

Foto: dpa/pa

Antikriegstag Seit 60 Jahren gedenken die Gewerkschaften am 1. September dem Schrecken der zwei Weltkriege . → Seite 7

Foto: shock/fotolia.de

Kampagne Junge Metallerinnen und Metaller erklären Politikern, was sich in der Bildung ändern muss. Dabei haben sie schon einiges erreicht. → Seite 10

›LESERBRIEFE

Debatte dringend nötig

metallzeitung Juli/August 2017
»Moral und Maschine«
Der Technikphilosoph kritisiert nicht die bestehenden Machtverhältnisse. Das ist schade, denn da die Maschinen den Arbeitgebern gehören, bestimmt ihr Einsatz die ausführende Arbeit mit. Über die jeweilig bestehende Ungleichverteilung von Machtchancen im Zuge der Digitalisierung – mit welchem Anteil an autonomen Maschinen auch immer – redet der Artikel nicht. Darüber zu reden ist aber dringend notwendig.
Michael Hesseler, Bremen

Meine Erfahrung als Softwareentwickler ist, dass nicht ausreichend getestete Software potenziell fehlerhaft ist. Im Straßenverkehr gibt es eine unendliche Zahl von Situationen. Es ist unmöglich, Software in all diesen Situationen zu testen. Es wird zu Unfällen kommen, weil die Software falsch reagiert. Ein Auto ist nicht allein auf der Straße. Verkehrsteilnehmer agieren nicht wie Maschinen immer gleich. Es ist noch ein langer Weg, bis mit Software soziales Verhalten richtig gedeutet werden kann.
Klaus Stampfer, Bonstetten

Aus dem Herzen gesprochen

metallzeitung Juli/August 2017
»Teilzeit ist schlecht für die Karriere«
Ich hoffe, dass dieses wichtige Thema für uns Frauen in der Koalition Thema bleiben wird. Sie sprechen vielen Frauen aus dem Herzen.
Stefanie Bauer, per E-Mail

Arbeitszeit Mehr Gerechtigkeit und Selbstbestimmung in der Arbeitszeit diskutierte die IG Metall auf ihrer Konferenz. → Seite 18

Foto: alfexe/fotolia.de

Geld, Urlaub, Spaß Ein Bericht darüber, warum es sich gerade für junge Menschen lohnt, in der IG Metall zu sein. → Seite 23

Für Betrügereien geradestehen
metallzeitung Juli/August 2017
»Das Auto muss sauberer werden«
Während die Autoindustrie zig Millionen in die Entwicklung von autonomen Autos investiert, klammert sie sich immer noch an eine veraltete Antriebstechnik. Der Markt für Elektromobilität wird stiefmütterlich behandelt und Herstellern wie Tesla oder Streetscooter überlassen.
Felix Schacht, per E-Mail

Es war vorauszusehen, dass der Dieselgipfel nichts Vernünftiges bringt. Die Hersteller sitzen in Deutschland am längeren Hebel. Die Herren Manager sollten selbst einmal ihren Geldbeutel öffnen, damit sie für ihre Betrügereien geradestehen. Der kleine Mann ist schon wieder der Gelackmeierte. Nur welche politische Partei oder welcher Politiker legt sich mit dieser Lobby an?
Helmut Störr, Übach-Palenberg

metallzeitung Jugendausgabe
Am 1. September kommen die neuen Auszubildenden in die Betriebe. Zum Start ins Berufsleben berichten wir in dieser metallzeitung wieder rund um Ausbildung. Außerdem erzählen junge Metallerinnen und Metaller, was ihnen im Arbeitsleben wichtig ist und was sie an der IG Metall begeistert.

Fotos: Markus Leiser, Annette Kasenbacher, Thomas Range, Anne-Marie Kaufmann, Daniel Rothenberger, Alexander Neff, Andreas Gummerer

›GEWONNEN

Juli/August-Rätsel
Lösungsmotto: »Meine Zeit«
1. Preis: Daniel Jamin, Bedburg-Hau
2. Preis: Dennis Mönnich, Oldenburg
3. Preis: Marion Westphal, Hanau

›EDITORIAL

Foto: Gaby Gerster

Christiane Benner, Zweite Vorsitzende der IG Metall

Mitgestalten und verändern

Ausbildung Die IG Metall kämpft für eine gute und zukunftssichere Ausbildung.

Der erste Tag in der Ausbildung – daran kann ich mich noch gut erinnern. Ihr auch, Kolleginnen und Kollegen? 50 000 junge Menschen starten in unseren Betrieben in diesen Wochen mit einer Berufsausbildung oder einem dualen Studium ins Berufsleben. Vom ersten Tag an steht die IG Metall an ihrer Seite. Gemeinsam mit Betriebsräten und Jugend- und Auszubildendenvertretungen kämpfen wir für eine bessere Qualität der Ausbildung. Digitalisierung und Industrie 4.0. – unsere Wirtschaft und Arbeit wandeln sich rasant. Gute Ausbildung muss da Schritt halten. Die IG Metall setzt sich etwa dafür ein, dass die Berufsschulen auf dem neusten Stand sind. Ausbilderinnen und Ausbilder, Lehrerinnen und Lehrer brauchen die nötigen Fortbildungen.

Geht wählen! Viele junge Metallerinnen und Metaller haben vor Ort für gute Ausbildung Druck gemacht. Sie haben ganz direkt Abgeordnete angesprochen und deutlich gemacht, wo der Schuh drückt. Das Ergebnis: Viele Parteien haben die Verbesserung der beruflichen Bildung in ihre Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2017 aufgenommen. Das Beispiel zeigt, dass es sich lohnt, mitzumachen. Gemeinsam mit der IG Metall kann man etwas verändern! Das gilt auch für viele andere Themen. Die Bundestagswahl am 24. September ist eine wichtige Richtungsentscheidung. Mindestlohn und die Rente mit 63 waren richtige Schritte. Weitere arbeitnehmerfreundliche Gesetze müssen folgen. Das beginnt bei gerechten Bildungschancen und endet mit einer Rente, von der jeder gut leben kann. Wir Metallerinnen und Metaller – egal ob jung oder alt – kämpfen für eine Politik, die im Interesse der Beschäftigten ist. Deshalb bitte ich Euch: Geht am 24. September wählen!

Party mit Inhalt in den Camps der IG Metall Jugend

Rund 1000 Auszubildende und Studierende versammelten sich im Juli unter dem Motto »Standards setzen« im Camp der IG Metall Jugend Nordrhein-Westfalen am Biggesee (Foto). Drei Tage lang machten sie Party mit Bands, DJs, einem Trampolin und einer Blob Base auf dem See. Zudem gab es Workshops zur Bundestagswahl und gegen Rassismus.

Camps gibt es jeden Sommer in allen Bezirken und auch regional. Was bei Dir vor Ort los ist, erfährst Du bei Deiner Jugend- und Auszubildendenvertretung oder Deiner IG Metall vor Ort:

igmetall.de/vor-ort

JANA-AILEEN PICK, 20

»Das Sommercamp am Biggesee war einfach super. Neben den vielen politischen Workshops hatte man in den drei Tagen Zeit, sich mit Kollegen aus anderen Betrieben und Branchen auszutauschen. Zudem gab es zahlreiche Spiel- und Sportaktionen, die den Ehrgeiz geweckt und das Gemeinschaftsgefühl in der Gruppe gestärkt haben. Wer mit Sport gar nix am Hut hatte, der hat es sich einfach am See gemütlich gemacht und die Sonne genossen. Und am Abend hieß es dann: feiern, feiern, feiern, bis die Zeltwände wackeln. Ich habe viele neue Leute kennengelernt und neue Freundschaften geschlossen – danke, IG Metall! Danke, für ein unvergessliches Wochenende.«

Fotos: Thomas Range

Cartoon: Stephan Rürup

BARMER Mitglieder wählen bis zum 04.10.2017

Mitbestimmen bei der Barmer

IG Metall tritt bei Krankenkasse mit eigener Liste an – Wählen lohnt sich: gute Ergebnisse bei Sozialwahl im Frühjahr

Die Sozialwahl 2017 ist gelaufen – bis auf eine Ausnahme: Bei der Barmer Ersatzkasse ist die Urwahl erst jetzt. In den nächsten Tagen schickt die Krankenversicherung ihren rund 7,5 Millionen Mitgliedern die Wahlunterlagen. Die IG Metall tritt mit einer eigenen Liste an. Auf ihr kandidieren erfahrene Metallerinnen und Metaller aus IG Metall-Geschäftsstellen und Betrieben wie BMW, Bosch, MAN, Continental Teves und Schaeffler. Spitzenkandidatin ist Beate Kautzmann, Geschäftsführerin der IG Metall Gütersloh-Oelde.

»Wählen lohnt sich. Wer die IG Metall-Liste wählt, stärkt damit diejenigen in den Gremien der Kasse, bei denen er sicher sein kann, dass sie sich für seine Interessen einsetzen«, sagt Beate Kautzmann. Bis 4. Oktober müssen die Wahlbriefe bei der Barmer eingegangen sein. Deshalb: Stimmzettel noch diesen Monat abschicken.

Bei der Rentenversicherung und den anderen gesetzlichen Krankenkassen mit Urwahlen gaben die Versicherten ihre Stimmen schon im April und Mai ab. Die Ergebnisse waren für die IG Metall durchweg positiv. Bei der Deutschen Rentenversicherung (DRV) Bund und der Techniker Krankenkasse gelang es ihr, ihre Mandate zu verteidigen und sogar mehr Stimmenanteile zu erzielen als bei der Wahl 2011. Leider reichte es nicht für zusätzliche Sitze. Bei der DAK-Gesundheit trat die IG Metall zum ersten Mal mit einer eigenen Liste an und sicherte sich einen Sitz.

Beate Kautzmann, Spitzenkandidatin auf der Liste der IG Metall

Foto: Marco Jentsch/schnittstelle berlin

Ein großer Erfolg gelang der IG Metall bei der DRV Saarland. Dort gab es erstmals Urwahlen. Auf Anhieb erhielt die IG Metall 39 Prozent der Stimmen. Ein wesentlicher Grund für das gute Abschneiden war, dass viele Metallerinnen und Metaller in den saarländischen Betrieben für die Teilnahme an der Wahl und die Liste der IG Metall geworben haben.

Auch in den Versicherungen, in denen es keine Urwahlen gab, ist die IG Metall gut vertreten. Das gilt besonders für die Berufsgenossenschaften.

Informationen zur Sozialwahl und die IG Metall-Liste mit allen Kandidatinnen und Kandidaten bei der Barmer:
igmetall.de/sozialwahl2017

Foto: Markus Leiser

MARINA BORN, 30

»Ich wusste früher gar nicht, dass die IG Metall in den gesetzlichen Krankenkassen mitredet. Ich finde das sehr gut und kandidiere darum jetzt für die Barmer. Ich bin Betriebsrätin und Vertrauensfrau der IG Metall bei der Firma Renold in Einbeck. Jemand wie ich erfährt täglich, welche gesundheitlichen Probleme Beschäftigte haben. Darum können wir Metallerinnen und Metaller am besten ihre Interessen vertreten. Zum Beispiel uns für bessere Vorsorge und Leistungen und weniger Zuzahlungen einsetzen. Unser Wort hat in den Verwaltungsräten der Kassen Gewicht, weil eine starke Gewerkschaft hinter uns steht.«

3 Fragen an Jörg Hofmann

Diesel-Affäre Der Erste Vorsitzende der IG Metall fordert, die Krise als Chance für einen Umbau der Autobranche zu nutzen.

Wie empfinden die Beschäftigten in der Autobranche die Krise?
Jörg Hofmann: Sie sind wütend auf die Verantwortlichen, die diese Betrügereien über Jahre betrieben haben. Die Beschäftigten sind stolz auf ihre Produkte und leiden unter den ständig neuen Horrormeldungen. Viele sorgen sich um ihre Arbeitsplätze. Im Übrigen wollen auch sie, wie alle Menschen, in einer gesunden Umwelt leben.

Hat der Diesel-Gipfel etwas gebracht?
Hofmann: Gut ist, dass sich Politiker und Industrie einig sind, dass wir den Diesel als Übergangstechnologie noch brauchen. Ansonsten waren die Ergebnisse zu unverbindlich und nicht ausreichend. Sie können Beschäftigte in der Autobranche und Autobesitzer kaum beruhigen; die Gefahr von Fahrverboten besteht weiter. Politik und Industrie müssen schnell weitere Taten folgen lassen.

Was muss passieren?
Hofmann: Der Umbau der Autoindustrie muss endlich entschlossen angegangen werden. Wir müssen eine Balance zwischen Klimaschutz und gesunder Luft und einer innovativen, zukunftsfähigen Autoindustrie hinbekommen, ohne dass die Beschäftigten unter die Räder geraten. Der Umstieg ist eine riesige Herausforderung. Arbeit und Qualifikationen werden sich verändern, bisherige Geschäftsfelder drohen ins Abseits zu geraten, neue entstehen. Aber wir müssen jetzt in die Zukunft investieren. Und dies nicht nur in Technik, sondern in die Beschäftigten. Nur mit innovativen, umweltfreundlichen Technologien kann sich die deutsche Autoindustrie in Zukunft auf den Weltmärkten behaupten und viele sichere Arbeitsplätze bieten.

Foto: Frank Rumpenhorst

IG Metall-Vorsitzender Jörg Hofmann

Foto: dpa/pa

Premiere: Zum ersten Antikriegstag versammeln sich am 1. September 1957 Demonstranten vor dem Römer in Frankfurt am Main.

Nie wieder **Krieg**

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ruft am Antikriegstag zu Veranstaltungen auf.

Seit 60 Jahren, seit 1957, erinnern die Gewerkschaften am 1. September daran, dass es dieser Tag war, an dem Nazi-Deutschland 1939 Polen überfiel und damit den Zweiten Weltkrieg entfachte. Seitdem ist der Antikriegstag ein Tag des Erinnerns und des Mahnens. Unter dem Motto »Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus« rufen sie an diesem Tag zu Veranstaltungen und Kundgebungen in der ganzen Republik auf. Auch in diesem Jahr beteiligt sich die IG Metall an vielen Aktionen. Informationen dazu gibt es bei den IG Metall-Geschäftsstellen vor Ort.

Am Antikriegstag gedenken der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Mitgliedsgewerkschaften der Schrecken zweier Weltkriege, die über 80 Millionen Tote gefordert haben. Damals wie heute gilt: Kriege kommen nicht über uns, Kriege werden von Menschen gemacht. Gerade in den vergangenen Jahren aber zeigt sich, wie brüchig die Friedensordnung ist, auf die wir Europäer in der Nachkriegszeit vertraut haben. Jedes Jahr gibt es rund 35 zwischenstaatliche bewaffnete Konflikte. Mehr als 65 Millionen Menschen befinden sich weltweit auf der Flucht. Und wir sind, direkt oder indirekt, an immer mehr Konflikten in unserem nächsten Umfeld beteiligt.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften rufen dazu auf, auf eine solidarische Friedenspolitik hinzuwirken, die die Bemühungen im Rahmen der Vereinten Nationen um eine stabile globale Friedensordnung unterstützt. Eine solche Friedenspolitik folgt der Einsicht, dass Frieden ohne soziale Gerechtigkeit nicht zu haben ist. Sie tritt Protektionismus entschieden entgegen und verstärkt nicht zuletzt humanitäres Engagement.

TIM HÖWING, 24

»Es ist wichtig, dass das Gedenken an die Schrecken der Weltkriege von jungen Menschen wachgehalten wird. Das tun wir bei Salzgitter Flachstahl: Jedes Jahr am 11. April gibt es bei uns auf dem Werksgelände eine Gedenkstunde in der Gedenkstätte KZ Drütte. Am 11. April 1945 wurde das KZ durch die Alliierten befreit. Seit einigen Jahren findet im Vorfeld ein Seminar in der Gedenkstätte statt, an dem Auszubildende von uns teilnehmen. Hier beschäftigen wir uns mit der Geschichte und bereiten einen Teil der Gedenkveranstaltung vor. In diesem Jahr haben wir uns mit den späteren Prozessen gegen die Täter befasst. Das war sehr intensiv.«

Foto: Susanne Hübner

Wir wollen eine **zukunftssichere** Ausbildung.

Interview In diesen Wochen kommen die neuen Auszubildenden und dual Studierenden in die Betriebe. Für viele beginnt ein neuer, wichtiger Lebensabschnitt. Doch welche Hürden gibt es? Welche Rechte haben Auszubildende und Studierende im Betrieb? Wie eine gute Ausbildung, ein modernes Berufsbildungsgesetz und Engagement im Betrieb aussehen können, erklärt die Zweite Vorsitzende der IG Metall, Christiane Benner, im Gespräch mit der metallzeitung.

Die IG Metall hat mehr als 234 000 Mitglieder, die jünger sind als 27 Jahre. Damit ist sie die größte politische Jugendorganisation in Deutschland. Was glaubst Du, warum ist die IG Metall für Junge so attraktiv?

Christiane Benner: Bei der IG Metall können alle mitmachen. Gemeinsam kann man im Betrieb und auch in der Gesellschaft etwas ändern. Die IG Metall Jugend hat sich zum Beispiel dafür eingesetzt, dass die unbefristete Übernahme von Auszubildenden tariflich zugesichert wird. 2012 haben wir das in der Metall- und Elektroindustrie erreicht, dieses Jahr im Südwesten, Osten und in Bayern auch im Kfz-Handwerk. Das macht mich stolz. Es ist schön zu sehen, wie sich junge Menschen zusammenschließen, gemeinsam für ihre Rechte einstehen und sich durchsetzen.

Heißt es nicht, die Jugend sei unpolitisch?

Benner: Den Vorwurf, die Jugend sei unpolitisch, kann ich nicht nachvollziehen. Mit Sicherheit funktioniert politische Beteiligung heute anders als noch vor 20 oder 30 Jahren. Gerade Onlineplattformen tragen dazu bei. Aber auch eine Diskussion um einen neuen Getränkeautomat im Pausenraum kann durchaus politisch sein. Wichtig ist, dass man sich für etwas interessiert, es mit anderen teilt und sich dafür stark macht.

Die neuen Auszubildenden und dual Studierenden sind jetzt in den Betrieben. Was erwartet sie?

Benner: Die ersten Wochen und Monate sind die aufregendsten im Betrieb. Auch wenn es bei mir schon etwas her ist, erinnere ich mich noch gut. Es ist normal, dass man aufgeregt ist. Aber keiner muss sich Sorgen machen. Und sollte es doch einmal Probleme geben, gibt es genug rechtliche und tarifliche Grundlagen, die den Auszubildenden Rechte einräumen. Man muss sie nur kennen. Im Betrieb sind Auszubildende ja auch nicht allein. Die Jugend- und Auszubildendenvertretungen und Betriebsräte sorgen dafür, dass Regeln und Gesetze eingehalten werden. Unterstützung bekommen sie dabei von der IG Metall.

Wie sieht es bei dual Studierenden aus?

Benner: In der Holz- und Kunststoffindustrie ist es uns kürzlich gelungen, einen ersten Flächentarifvertrag für dual Studierende abzuschließen. Dieser regelt grundlegende Dinge, beispielsweise die Zusicherung, dass alle Studienkosten für unsere Mitglieder durch den Arbeitgeber übernommen werden. Aber bei dual Studierenden gibt es noch Nachholbedarf, wir wollen auch in der Metall- und Elektroindustrie mehr tarifliche Regelungen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir mehr dual Studierende für die IG Metall gewinnen. Denn nur mit vielen Mitgliedern gelingt es uns, die Forderungen in weiteren Bereichen durchzusetzen. Wer Mitglied bei der IG Metall wird, zeigt nicht nur seine oder ihre Unterstützung, es gibt zum Beispiel auch rechtliche Hilfe bei Problemen mit dem Arbeitgeber. Also ein gutes Angebot.

Seit vielen Monaten setzt sich die IG Metall Jugend gerade auf örtlicher Ebene für ein modernes Berufsbildungsgesetz ein …

Benner: Ja, unser Ausbildungssystem ist nahezu einmalig und wird von der Wirtschaft, aber auch von den jungen Menschen, als sehr gut empfunden. In vielen Betrieben haben wir tolle Ausbildungsbedingungen. Unser Ziel ist es, die Ausbildung zukunftssicher zu machen. Deshalb fordern wir Ausbildungsqualität, Chancengerechtigkeit und Rechtssicherheit. Konkret verbirgt sich dahinter beispielsweise, dass Bücher für die Berufsschule oder Hochschule nicht selber bezahlt werden müssen, dass niemand nach der Berufsschule noch einmal in den Betrieb muss oder dass der Arbeitgeber es den Auszubildenden rechtzeitig mitteilen muss, wenn sie nach der Ausbildung nicht übernommen werden können. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Aufnahme der dual Studierenden in das Berufsbildungsgesetz (BBiG). Sie werden immer mehr, da sollte es doch klar sein, dass es in Zukunft eine gesetzliche Grundlage gibt.

Du sprachst eben die Kampagne »modern.bilden.« an. Was hat die IG Metall Jugend damit bislang konkret erreicht?

Benner: Wir sind mit »modern.bilden.« auf vielen Ebenen erfolgreich! Die IG Metall Jugend hat es geschafft, das Thema berufliche Bildung in die Politik zu bringen. Vor Ort haben junge Metallerinnen und Metaller durch gezielte Aktionen zuständige Abgeordnete auf unsere Themen aufmerksam gemacht. Die IG Metall Jugend hat es geschafft, dass viele Parteien das Thema berufliche Bildung und die Novellierung des BBiG in ihre Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2017 aufgenommen haben. Jetzt steht das Thema auf der Agenda, das ist ein Erfolg. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht, jetzt ist die Politik am Zug. Wir werden hier weiter Druck machen.

Die Verbesserung des BBiG ist das eine, aber wie kann die Qualität an den Berufsschulen verbessert werden?

Benner: Es sind zum Teil unhaltbare Zustände in den Berufsschulen. Es wäre ein großer Erfolg, wenn sich in Zukunft auch der Bund an den Kosten beteiligen würde. Wir brauchen mehr und bessere Computertechnik – und Lehrerinnen und Lehrer, die fit in Fragen der Digitalisierung sind. Wenn die theoretische Ausbildung der praktischen hinterherhinkt, dann wird das duale System irgendwann versagen. Wir brauchen eine Ausbildung 4.0, die sich zum einen den betrieblichen Bedürfnissen anpasst und zum anderen auch den Wünschen und Lebensrealitäten der Auszubildenden entspricht. Studiengänge für angehende

Foto: Gaby Gerster

Zur Person Christiane Benner ist Zweite Vorsitzende der IG Metall. Geboren 1968 in Aachen, absolvierte sie zunächst eine Ausbildung in einem Maschinenbauunternehmen und studierte später in Marburg und Frankfurt am Main sowie in den USA. Seit ihrer Ausbildung ist sie Mitglied der IG Metall.

Berufsschullehrer und Berufsschullehrerinnen müssen attraktiver gestaltet werden. Nur wenn bereits hier angesetzt wird, kann dem Lehrer- und Lehrerinnenmangel entgegengetreten werden.

Was können Jugendliche selbst zur Verbesserung ihrer Situation abseits der großen Politik tun?

Benner: Macht mit, gerne bei der IG Metall. Im Betrieb gibt es die Möglichkeit, ab fünf wahlberechtigten Auszubildenden und dual Studierenden eine Jugend- und Auszubildendenvertretung zu wählen. Sie ist mit besonderen Rechten ausgestattet und kann zusammen mit dem Betriebsrat unter anderem für Verbesserungen in der Ausbildung einstehen. Wendet Euch an Eure IG Metall vor Ort. Ich bin mir sicher, dass sie gerne Hilfe leistet.

Wie bringt sich denn die IG Metall Jugend bei der Forderungsdiskussion zur kommenden Tarifrunde ein?

Benner: Die kommende Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie steht unter dem Schwerpunkt Arbeitszeit. Natürlich haben auch Auszubildende da ihre berechtigten Forderungen. Für Auszubildende ist kaum etwas stressiger als die Prüfungszeiten. Die IG Metall Jugend fordert deshalb eine bezahlte Freistellung für alle Auszubildenden und dual Studierenden an allen Prüfungstagen. Gesetzlich ist hier bisher nur geregelt, dass zur Prüfung selbst freigestellt werden muss. Um sich vorzubereiten und zu lernen, soll darüber hinaus auch an dem Arbeitstag vor der Prüfung bezahlt freigestellt werden. Dies gilt für alle Teile der Prüfung, also für Teil 1 und 2. Ein guter Abschluss der Ausbildung oder des dualen Studiums hat Auswirkungen auf das weitere Berufsleben. Daher ist diese Forderung mehr als richtig und notwendig.

Am 24. September ist die Bundestagswahl. Welche Themen sind wichtig?

Benner: Neben der vorhin angesprochenen Verbesserung des BBiG ist auch das Thema Rente ein Thema der IG Metall. Bei Jung und Alt. Da muss etwas passieren. Zurzeit wird in der öffentlichen Debatte versucht, einen Generationenkonflikt zu schüren. Dem stehen wir entgegen. Für alle Menschen muss eine bessere gesetzliche Rente her, von der es sich gut leben lässt. Dafür treten wir gemeinsam ein. Ein großer Wunsch ist außerdem eine bessere Wahlbeteiligung. Nur wer den Wahlzettel abgibt, erhebt die Stimme und kann sich beschweren, wenn etwas nicht nach den eigenen politischen Vorstellungen läuft. Dabei ist es wichtig, dass unsere demokratischen Parteien gestärkt werden und rechten Parteien das Wasser abgegraben wird. Nach der Wahl wird sich dann zeigen, inwieweit unsere Forderungen und Ideen einer gerechteren Gesellschaft Eingang in den Koalitionsvertrag finden. Fest steht: Die IG Metall wird auch nach der Wahl nicht locker lassen und sich weiter aktiv ins politische Geschehen einmischen.

Was wünschst Du Dir von den neuen Auszubildenden und dual Studierenden?

Benner: Werdet Mitglied bei der IG Metall und geht am 24. September wählen!

Für eine bessere **Ausbildung**

IG Metall Jugend Mit ihrer Kampagne »modern. bilden.« will die IG Metall Jugend erreichen, dass alle eine gute Ausbildung bekommen. Dazu sprechen Auszubildende und dual Studierende mit Politikern und erklären ihnen, was besser werden muss. Damit haben sie schon einiges bewegt.

Foto: shock/fotolia.de

Dual Studierenden Rechtssicherheit geben, das ist ein Ziel der Kampagne.

Die IG Metall Jugend tritt mit ihrer Kampagne »modern.bilden.« für eine bessere Ausbildung an. Es geht um Ausbildungsqualität, Chancengerechtigkeit und Rechtssicherheit. Dazu fordert die IG Metall Jugend Verbesserungen im Berufsbildungsgesetz (BBiG). Die Ausbildungsqualität für die Auszubildenden und die dual Studierenden soll verbessert und die gesetzliche Grundlage entsprechend novelliert werden.

Das Berufsbildungsgesetz regelt, welche rechtlichen Mindestanforderungen Ausbildungsbetriebe erfüllen müssen. Etwa dass sie sich an die Ausbildungsrahmenpläne der einzelnen Berufe halten und geeignete geprüfte Ausbilder haben müssen.

Doch viele Betriebe halten sich nicht daran. Viele Auszubildende müssen etwa Botengänge machen oder Kaffee kochen. Ausbildungsinhalte kommen zu kurz. Diese Inhalte müssen die Auszubildenden dann in ihrer Freizeit nachholen.

Besonders hapert es an der Qualität vieler Berufsschulen. Es fehlt an technischer Ausstattung und an Lehrern. Ausbildungsinhalte bleiben auf der Strecke. Die IG Metall Jugend drängt mit ihrer Kampagne darauf, die Ausbildungsqualität zu erhöhen. So soll es etwa eine Freistellung aller Auszubildenden an Berufsschultagen geben. Außerdem macht sich die IG Metall Jugend stark für die unbefristete Weiterbeschäftigung ausgebildeter Fachkräfte. Wo dies nicht geht, soll es feste Ankündigungsfristen bei geplanter Nichtübernahme geben. Zudem sollen die Berufsschulen ihre Lehrpläne besser mit den Betrieben abstimmen, damit Ausbildungsinhalte zur gleichen Zeit unterrichtet werden.

Mehr Rechte für dual Studierende Das BBiG gilt derzeit nur für Auszubildende, nicht aber für dual Studierende, die ebenfalls im Betrieb lernen. So können Arbeitgeber mit den Studierenden machen, was sie wollen – und bezahlen, was sie wollen. Es sei denn, es gibt einen Tarifvertrag, der speziell für dual Studierende abgeschlossen wurde (mehr dazu auf Seite 22).

Deshalb fordert die IG Metall Jugend, dass dual Studierende ins BBiG integriert werden, damit auch sie gesicherte Rechte und Qualitätsstandards haben. Zudem sollen für sie die normalen Tarifverträge gelten.

Junge reden mit Politikern Die IG Metall Jugend redet mit Politikern, damit sie nach der Bundestagswahl handeln. Das übernehmen die Betroffenen selbst. Auszubildende und dual Studierende sprechen gezielt die Fachleute für Berufsbildung unter den Abgeordneten an und laden sie zu Diskussionen ein. »Wir haben unsere Themen bei allen Parteien, außer der AfD, verankert, teilweise auch in den Wahlprogrammen«, sagt Michael Schmitzer, Ressortleiter der Jungen IG Metall. »Alle Parteien sehen ein, dass dual Studierende ins BBiG integriert, die Berufsschulen besser ausgestattet und die Qualität der Ausbildung gestärkt werden müssen.«

Hier mehr zur Kampagne »modern.bilden.«:
igmetall-jugend.de

Foto: Thomas Range

MICHELLE LEVERING, 23

»Wir haben unsere Abgeordneten von CDU und SPD, beides Bildungsfachleute, eingeladen und mit ihnen diskutiert. Einmal in der IG Metall-Geschäftsstelle in Hagen und ein zweites Mal bei einer Jugendversammlung in der Stadthalle. Mit der IG Metall-Bezirksjugend haben wir eine Bühne vor dem Parteitag der Grünen aufgebaut und gezielt die Bildungsexperten angesprochen.«

Ausbildung zum Leiharbeiter

Sie dachten, sie hätten eine sichere Zukunft in einem Traditionsbetrieb. Doch die Auszubildenden landeten bei einer Tochterfirma.

Phillip Jochmanns Ausbildung begann mit einer bösen Überraschung: Seinen Vertrag hatte er nicht mit der Firma direkt, sondern mit einer Tochterfirma im dritten Stock des gleichen Gebäudes. Anders als bei der Mutterfirma unten galt oben der Tarifvertrag der IG Metall nicht.

Das bedeutete 20 Prozent weniger Ausbildungsvergütung und keine Übernahme nach der Ausbildung – sondern befristet, als Leiharbeiter. Die Mutterfirma, der Verpackungsdruckmaschinenbauer Windmöller & Hölscher in Lengerich bei Münster, lieh sich die ausgebildeten Fachkräfte von der Tochter, der Windmöller & Hölscher Ausbildungs GmbH aus. »Bei der Einstellung war den meisten nicht klar, dass sie in eine Tochterfirma kommen«, kritisiert Phillip Jochmann.

Betriebsrat gegründet Phillip Jochmann fand das extrem ungerecht. Als der Betriebsrat des Hauptbetriebs die Auszubildenden zu einem Grillabend einlud, nutzte er die Gelegenheit. »Wir haben uns ein paar Mal gemütlich getroffen und überlegt, wie wir unsere Situation verbessern«, erzählt Jochmann. Auch ein Sekretär der IG Metall in Münster war dabei. »Schnell war klar: Wir müssen erst einmal einen Betriebsrat gründen.«

Damals, vor vier Jahren, war Phillip erst wenige Wochen in der Ausbildung. Ein Dreivierteljahr später war er Betriebsrat bei der Windmöller & Hölscher Ausbildungs GmbH, mit 20 Jahren.

Die Auszubildenden und Leiharbeiter bei der Windmöller & Hölscher Ausbildungs GmbH gründeten einen Betriebsrat und holten sich einen Tarifvertrag.

Tarifvertrag geholt Als gut die Hälfte der Beschäftigten bei der Ausbildungs GmbH in die IG Metall eingetreten war, wählten Phillip und die anderen IG Metall-Mitglieder eine Tarifkommission, die über Forderungen diskutierte und mit dem Arbeitgeber verhandelte, mit Jürgen Schmidt von der IG Metall Münster als Verhandlungsführer. Sie wollten die Bedingungen für die Auszubildenden, für die Leiharbeiter und die Ausbilder verbessern.

»Das Verhandeln war gar keine so große Sache, wie ich dachte«, erinnert sich Jochmann. »Ich habe einfach mit Beispielen aus unserem Alltag im Betrieb argumentiert.« Als der Arbeitgeber sich sperrte, organisierten sie eine Unterschriftenaktion. Alle unterschrieben. Und gemeinsam mit den Beschäftigten des Hauptwerks traten sie in einen Warnstreik.

Der Tarifvertrag für die Ausbildungs GmbH ist unter Dach und Fach. Danach steigen die Ausbildungsvergütungen um 10 Prozent. Fertig ausgebildete Beschäftigte, die an die Hauptfirma verliehen werden, erhalten 93,4 Prozent des Entgelts der Stammbeschäftigten und werden bei Einstellungen bevorzugt.

Phillip Jochmann ist nicht mehr da. Trotz Betriebsrat und Verhandlungen schloss er die Ausbildung zum technischen Produktdesigner vorzeitig ab und studiert jetzt. Für die IG Metall Jugend ist er weiter aktiv, im Orts- und Bezirksjugendausschuss und im Arbeitskreis Antirassismus.

PHILLIP JOCHMANN, 23

»Wir haben gemeinsam einen Betriebsrat und einen Tarifvertrag mit mehr Geld und Festeinstellungen für Leiharbeiter durchgesetzt. Ich habe im Betriebsrat und bei den Tarifverhandlungen viel gelernt. Die Kollegen und die IG Metall haben mich dabei sehr unterstützt.«

Foto: Wilfried Hiegemann

›DER RECHTSFALL

Ehrenamt in der Sozialversicherung grundsätzlich beitragsfrei

Diese Klarstellung war mehr als überfällig und erkennt den Wert ehrenamtlicher Tätigkeit in unserer Gesellschaft an: Ehrenämter sind in der gesetzlichen Sozialversicherung grundsätzlich beitragsfrei. Das Bundessozialgericht (BSG) entschied, dass das auch dann gilt, wenn hierfür eine angemessene pauschale Aufwandsentschädigung gewährt wird.

Das Urteil ist eine gute Nachricht für die vielen IG Metall-Mitglieder, die sich ehrenamtlich engagieren, zum Beispiel in der Selbstverwaltung. In den 53 deutschen Handwerkskammern und mehreren Tausend Innungen sind rund 60 000 Beschäftigte in Vorständen, Vollversammlungen und Prüfungsausschüssen ehrenamtlich tätig, viele davon Metallerinnen und Metaller.

Klarstellung Ehrenämter zeichnen sich durch die Verfolgung eines ideellen, gemeinnützigen Zwecks aus und unterscheiden sich grundlegend von beitragspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, heißt es in der Begründung des BSG. Die Gewährung von Aufwandsentschädigungen ändert daran nichts, selbst wenn sie pauschal und nicht auf Heller und Pfennig genau entsprechend dem tatsächlichen Aufwand erfolgt. Auch die Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben ist daher unschädlich, soweit sie unmittelbar mit dem Ehrenamt verbunden ist, etwa die Einberufung und Leitung von Gremiensitzungen. Die Richter führten zudem aus, dass zur Stärkung des Ehrenamts eine gesetzliche Klarstellung wünschenswert sei.

Ralf Kutzner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, begrüßt die Entscheidung des BSG. »Die Entscheidung stärkt die Arbeit der ehrenamtlichen Selbstverwaltung. Jetzt ist der Gesetzgeber gefordert, das Urteil umzusetzen.«

BSG vom 16. August 2017 – B 12 KR 14/16 R

Politik für alle – sicher, gerecht und selbstbestimmt

BUNDESTAGSWAHL 2017

DER GROSSE IG METALL-WAHLCHECK

Von der Arbeitszeit bis zur Bildung, von der Tarifbindung bis zur Rente: Bei der Bundestagswahl steht viel auf dem Spiel. Geht es in unserem Land künftig gerechter zu? Oder vertieft sich die soziale Spaltung? 681 241 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben bei der großen Beschäftigtenbefragung der IG Metall ihr Votum abgegeben. Was sind die Antworten der Parteien?

ARBEIT 4.0: DAS FORDERN DIE BESCHÄFTIGTEN

1. **Sicher in die Arbeitswelt der Zukunft – Erhalt und Ausbau der Qualifikation müssen bei Arbeitslosigkeit Vorrang vor schneller Vermittlung haben.**
2. **Mitbestimmung bei Weiterbildung und Personalentwicklung im Betrieb.**
3. **Sachgrundlose Befristung, Minijobs und prekäre Soloselbstständigkeit abschaffen.**

DAS SIND DIE ANTWORTEN DER PARTEIEN

CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
• Verstärkte Anstrengungen in den Bereichen Bildung, Qualifizierung, Weiterbildung. • Verbesserung der Qualifizierung, Vermittlung und Reintegration von Langzeitarbeitslosen.	• Umbau der Arbeitslosen- zur Arbeitsversicherung mit berufsbegleitender Qualifizierung. • Arbeitslosengeld Qualifizierung. • Chancenkonto zur Finanzierung von Fortbildung.	• Umbau der Arbeitslosen- zur Arbeitsversicherung mit berufsbegleitender Qualifizierung. • BildungsZeit Plus: Mix aus Darlehen und Zuschuss zur Weiterbildung.	• Gegen den Zwang zur Aufnahme einer bestimmten Erwerbsarbeit: Arbeitsangebote müssen Qualifikation und Weiterbildungsinteressen berücksichtigen. • Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I.	• Verteidigung des flexiblen Arbeitsmarkts. • Weiterbildung stärken.	• Fehlanzeige.
• »Nationale Weiterbildungsstrategie«, u. a. gemeinsam mit Gewerkschaften, aber keine Aussagen zu betrieblicher Mitbestimmung.	• Initiativrecht für Betriebsräte bei Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen.	• Ausbau der Mitbestimmungsrechte, aber keine konkreten Aussagen zu Weiterbildung und Personalentwicklung.	• Recht auf unternehmensfinanzierte Weiterbildung (Fonds). • Ausbau der Mitbestimmungs- und Vetorechte bei Personalplanung und Arbeitszeiten.	• Fehlanzeige.	• Fehlanzeige.
• Abstellen offenkundiger Missstände bei befristeten Arbeitsverhältnissen • »Mitwachsender Minijob« (Anhebung der Einkommensgrenze). • Keine Aussage zu Soloselbstständigkeit.	• Sachgrundlose Befristung abschaffen. • Geringfügige Beschäftigung abbauen, Missbrauch bekämpfen. Minijobbern Wege in sozialversicherungspflichtige Arbeit öffnen. • Soloselbstständige in die Sozialversicherungssysteme einbeziehen.	• Sachgrundlose Befristung abschaffen. • Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umwandeln. • Mehr soziale Sicherheit für Soloselbstständige.	• Sachgrundlose Befristung und Minijobs abschaffen. • Mehr soziale Sicherheit für Soloselbstständige.	• Sachgrundlose Befristung und Minijobs beibehalten. • Mehr Vertragsfreiheit zwischen Auftraggeber und -nehmer statt Eindämmung von Scheinselbstständigkeit	• Fehlanzeige.

Foto: Cordula Kropke

BASTIAN SZESNY, 24, MITGLIED IM ORTSJUGENDAUSSCHUSS DER IG METALL LÜBECK-WISMAR

»Politik ist nicht so weit von uns Jugendlichen entfernt, wie viele denken. Sie sind ansprechbar. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen: Wenn wir aktiv sind, können wir etwas bewegen. Die IG Metall Jugend setzt sich bundesweit dafür ein, dass das Berufsbildungsgesetz reformiert wird. Darüber reden wir mit Bundestagskandidatinnen und -kandidaten. Wir waren auf Parteitagen präsent und haben Abgeordnete zu Diskussionen in Jugendversammlungen eingeladen. Wir rufen sie im Wahlkreisbüro an oder treffen uns mit ihnen, damit sie uns Rede und Antwort stehen. Wir verbreiten unsere Forderungen an sie über Facebook und Twitter und schicken ihnen Postkarten von Unterstützern. Und auch nach der Wahl bleiben wir dran: Solange das Gesetz nicht reformiert ist, müssen die Politiker mit uns rechnen.«

ARBEITSZEIT: DAS FORDERN DIE BESCHÄFTIGTEN

1. **Selbstbestimmte Arbeitszeiten für alle! Schutz vor Überlastung.**
2. **Anspruch auf Arbeitszeitreduzierung (befristet nach Lebenslagen) und Entgeltausgleich bei Auszeiten wegen Kindern, Pflege und Bildung.**
3. **Verlässliche Ganztagsbetreuung.**

DAS SIND DIE ANTWORTEN DER PARTEIEN

CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
• Zusätzliche Flexibilität bei Arbeitszeit für tarifgebundene Unternehmen.	• Für ein Wahlarbeitszeitgesetz. • Mehr Wahlmöglichkeiten bei Arbeitszeit und Arbeitsort. • Recht auf Nichterreichbarkeit.	• Einführung flexibler Vollzeit von 30 bis 40 Stunden pro Woche. • Schutz vor Entgrenzung der Arbeit.	• Gesetzliche Wochenhöchstarbeitszeit von 40 Stunden. • Stärkere Kontrolle von Überstunden und Arbeitszeitgesetz durch Betriebsräte. • Recht auf Nichterreichbarkeit.	• Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes: Abschaffung von täglicher Höchstarbeitszeit und Ruhezeiten in nicht sicherheitsrelevanten Bereichen.	• Fehlanzeige.
• Prüfauftrag zu Familien- und Lebensarbeitszeitkonten zur Schaffung von mehr Spielraum für Familienzeit. • Modernisierung des Arbeitszeitrechts. Ziel: Schaffung zusätzlicher Spielräume für Tarifpartner. • Anspruch auf befristete Teilzeit in Betrieben ab einer bestimmten Größe.	• Für Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit. • Für Entgeltausgleich bei Arbeitszeitreduzierung für Erziehung und Pflege.	• Für Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit. • Entgeltaufstockung für Qualifizierungs-, Pflege- und Familienzeiten.	• Für Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit. • Auszeiten-Regelungen (Sabbatical). • Arbeitszeitverkürzung (auf ca. 30 Stunden pro Woche) bei vollem Lohn- und Personalausgleich. • Entgeltausgleich von mind. 70 Prozent bei Arbeitszeitreduzierung während einer Weiterbildung.	• Kein Entgeltausgleich bei Arbeitszeitreduzierung. • Gegen Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit. • Förderung von Langzeitarbeitskonten. • Kein Entgeltausgleich bei Arbeitszeitreduzierung	• Fehlanzeige.
• Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz und Betreuung im Grundschulalter.	• Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kita- und Grundschulkindern.	• Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Kita und Grundschule bis zum Ende der vierten Klasse.	• Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Kita und Grundschule.	• Keine Aussagen zur Ganztagsbetreuung.	• Fehlanzeige.

NUR WER WÄHLT, ENTSCHEIDET MIT

Foto: Frank Rumpenhorst

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall

»Wer nicht wählt, bestraft keine Partei, sondern sich selbst. Nur wer wählt, bestimmt mit. Wer zu Hause bleibt, überlässt seine Zukunft den anderen. Bei der Bundestagswahl am 24. September steht für die Beschäftigten viel auf dem Spiel: die Zukunft der Rente, der Wert der eigenen Arbeit, wie gerecht es in unserem Land zugeht und welche beruflichen Perspektiven die Arbeitswelt von morgen bietet. Für die IG Metall ist klar: Wir kämpfen für eine Arbeitswelt, die sicherer, gerechter und selbstbestimmter ist als heute.

Überparteilich: Als Einheitsgewerkschaft sind wir überparteilich und zugleich parteiisch: Unser Maßstab sind die Interessen der Beschäftigten. Deshalb fühlen wir den Parteien auf den Zahn und schauen genau hin – etwa wenn sich die FDP, wie gehabt, zum Sprachrohr der Arbeitgeber für Sozialabbau macht. Und wir sagen Stopp! bei Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Parteien wie die AfD sind für uns nicht wählbar: Ihre Programmatik ist von Abgrenzung durchzogen. Rassistischen sowie rechtsradikalen Äußerungen ihrer Kandidatinnen und Kandidaten widerspricht sie nicht.

Dabei kommt es auf jede Stimme an. Entscheide bei der Bundestagswahl mit: für mehr Sicherheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung!«

▸▸ Fortsetzung auf Seite 14

Politik für alle – sicher, gerecht und selbstbestimmt

TARIFBINDUNG UND GERECHTIGKEIT: DAS FORDERN DIE BESCHÄFTIGTEN

1. **Gerecht mit Tarif: Mitbestimmung bei Fremdvergabe und Fortgeltung von Tarifverträgen bei Ausgliederung.**
2. **Gleiches Geld für gleiche Arbeit – unabhängig vom Geschlecht.**
3. **Höhere Steuern für hohe Einkommen, hohe Vermögen und große Erbschaften.**

DAS SIND DIE ANTWORTEN DER PARTEIEN

CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
• Tarifbindung stärken. • Zusätzliche Flexibilität, Spiel- und Experimentierräume für Unternehmen, für die ein Tarifvertrag gilt oder bei denen er angewendet wird oder eine Vereinbarung mit dem Betriebsrat erfolgt.	• Tarifbindung stärken. • Für Fortgeltung von Tarifverträgen bei Auslagerung von Betrieben oder Betriebsteilen.	• Tarifbindung stärken, aber keine Aussage zur Fortgeltung von Tarifverträgen bei Ausgliederungen.	• Tarifbindung stärken. • Unbefristete Fortgeltung von bestehenden Tarifverträgen bei Auslagerungen und Betriebsübergängen in nicht tarifgebundene Unternehmen. Gilt auch für Neueingestellte.	• Fehlanzeige.	• Fehlanzeige.
• Entgelttransparenzgesetz überprüfen und ggf. mit den Sozialpartnern weitere Schritte unternehmen.	• Entgelttransparenzgesetz zu einem Entgeltgleichheitsgesetz mit Verbandsklagerecht weiterentwickeln, Beschäftigte in kleinen u. mittelgroßen Unternehmen einbeziehen. • Auskunftsanspruch und verpflichtende Prüfung der Entgeltstruktur in Betrieben ab 50 Beschäftigte.	• Entgeltgleichheitsgesetz mit Lohncheck. • Verpflichtung von Tarifpartnern und Arbeitgebern, Lohnstrukturen auf Diskriminierung zu überprüfen. • Einführung eines Verbandsklagerechts gegen Lohndiskriminierung.	• Verbindliches Entgeltgleichheitsgesetz mit Verbandsklagerecht.	• Bürokratische »Belastungen« wie das Entgeltgleichheitsgesetz für Unternehmen vermindern.	• Fehlanzeige. • Keine höheren Steuern für hohe Einkommen, hohe Vermögen und große Erbschaften. • Erbschaftssteuer abschaffen.
• Keine höheren Steuern für hohe Einkommen, hohe Vermögen und große Erbschaften.	• Keine Vermögenssteuer. • Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 45 Prozent ab 76 200 Euro zu versteuerndem Einkommen (für Ledige). • Reichensteuer: drei Prozentpunkte mehr ab zu verst. Jahreseinkommen von 250 000 Euro für Ledige. • Höhere Steuern für »sehr große Erbschaften«.	• Höherer Spitzensteuersatz ab zu versteuerndem Jahreseinkommen von 100.000 Euro für Ledige. • Vermögenssteuer für »Superreiche«. • Erbschaftsteuer: neues Modell nur bei Scheitern der derzeitigen Regelung vor dem Bundesverfassungsgericht.	• Spitzensteuersatz von 53 Prozent ab 70 000 Euro zu versteuerndem Jahreseinkommen für Ledige. • »Reichensteuer« von 60 Prozent ab Einkommen von 260 533 Euro für Ledige. • Erbschaftsteuer auf hohe Erbschaften erhöhen. • Vermögenssteuer von fünf Prozent ab einem Vermögen von einer Million Euro.	• Keine höheren Steuern für hohe Einkommen, hohe Vermögen und große Erbschaften. • Bei Erbschaften zwischen Ehegatten/Lebenspartnern sollen keine Steuern mehr anfallen. • Steuersenkungen auch für Reiche.	• Keine höheren Steuern für hohe Einkommen, hohe Vermögen und große Erbschaften. • Erbschaftssteuer abschaffen.

LENA FUHRMANN, 20,

JUGENDVERTRETERIN BEI SALZGITTER FLACHSTAHL

»Die Zukunft der Rente ist nicht nur ein Thema für die ältere Generation. Bei uns im Stahlwerk gibt es körperlich schwere Arbeit. Viele Schichtarbeiter müssen vor 60 den Arbeitsplatz wechseln, weil sie die Arbeit nicht mehr schaffen. Das kriegen schon die Azubis mit. Und fragen sich, wie es ihnen wohl erst später einmal geht. Oft höre ich Sätze wie: Egal wie viel wir arbeiten, wir landen eh alle mal in der Altersarmut. Die Verschlechterungen bei der Rente betreffen gerade uns, die künftigen Rentnergenerationen. Darum kann man uns nicht spalten: Wir setzen uns gemeinsam mit den Älteren für ein höheres Rentenniveau ein. In den letzten Monaten vor der Bundestagswahl haben wir, die IG Metall Jugend in Salzgitter-Peine, in Jugendversammlungen, Aktionen, Kundgebungen und Podiumsdiskussionen ziemlich deutlich gemacht, wofür wir stehen.«

Hinweis zum Wahlcheck:

Um eine Partei richtig einschätzen zu können, kommt es auf das Gesamtbild an: Wie handelt die Partei im politischen Alltag? Wie treten ihre Funktionäre und Kandidatinnen und Kandidaten auf? Die Wahlprogramme geben wichtige Hinweise, wie ernst die Parteien die Anliegen der Beschäftigten nehmen. Wir haben die zentralen Forderungen der Beschäftigten mit den Kernaussagen der Wahlprogramme verglichen und in dieser Übersicht zusammengefasst. Sie enthält alle Parteien mit einer Perspektive auf Einzug in den Bundestag – unabhängig davon, ob wir ihre politische Agenda als vereinbar mit unseren gewerkschaftlichen Werten von Gerechtigkeit, Toleranz und Solidarität sehen.

Weitere Infos zur Bundestagswahl:

igmetall.de/wahl2017

Stellt Euren Kandidaten Fragen unter:

kandidatencheck.de

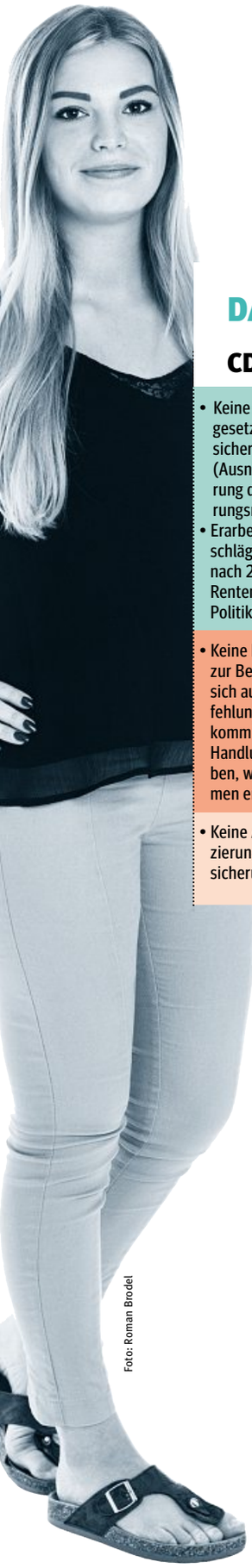


Foto: Roman Brodel

SOZIALE SICHERHEIT: DAS FORDERN DIE BESCHÄFTIGTEN

1. **Rentenniveau erhöhen – auch wenn dadurch die Rentenbeiträge steigen sollten.**
2. **Betriebsrenten für alle.**
3. **Gleiche Krankenkassenbeiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber (Rückkehr zur »Parität«).**

DAS SIND DIE ANTWORTEN DER PARTEIEN

CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
• Keine Änderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung bis 2030 (Ausnahme: Verbesserung der Erwerbsminderungsrente). • Erarbeitung von Vorschlägen für die Zeit nach 2030 durch eine Rentenkommission aus Politik und Tarifpartnern.	• Stabiles Rentenniveau bei mindestens 48 Prozent bis 2030. • Beitragsstabilisierung bei 22 Prozent bis 2030. • Solidarrente 10 Prozent über Grundsicherung (ab 35 Jahren Beitrags- bzw. Erziehungs-/Pflegezeit). • Ziel: Erwerbstätigenversicherung für alle.	• Keine weitere Absenkung des Rentenniveaus. • Für steuerfinanzierte Garantierente. • Ziel: Bürgerversicherung für die Rente.	• Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent. • Für »Solidarische Mindestrente« in Höhe von 1050 Euro. • Einführung einer Erwerbstätigenversicherung für alle.	• Für ein Rentenniveau, das sich an der Lebenserwartung der jeweiligen Generation orientiert.	• Fehlanzeige.
• Keine konkreten Pläne zur Betriebsrente. Sollte sich aufgrund der Empfehlungen der Rentenkommission vor 2030 Handlungsbedarf ergeben, werden Maßnahmen ergriffen.	• Betriebliche Altersversorgung attraktiver machen: gesetzliche Verpflichtung zur betrieblichen Altersversorgung (bAV), wenn die jüngsten Reformen nicht ausreichen.	• Arbeitgeber sollen künftig ihren Beschäftigten eine Betriebsrente anbieten und sie mit einem eigenen Arbeitgeberbeitrag unterstützen.	• Für eine betriebliche Altersversorgung, die »überwiegend« von Arbeitgebern finanziert wird.	• Stärkung der betrieblichen Altersversorgung.	• Betriebsrenten und rein private Altersvorsorge gesetzgeberisch stärken.
• Keine Aussage zur Finanzierung der Krankenversicherung.	• Gleiche Krankenkassenbeiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. • Abschaffung der Zusatzbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung.	• Gleiche Krankenkassenbeiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. • Abschaffung der Zusatzbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung.	• Gleiche Krankenkassenbeiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. • Abschaffung der Zusatzbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung.	• Fehlanzeige.	• Gleiche Krankenkassenbeiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

ERGEBNIS IG METALL-CHECK:

CDU/CSU
Weiterbildung, Rückkehrrecht, kein Missbrauch von Befristungen: Vieles im Programm von CDU/CSU klingt gut, doch die konkreten Vorschläge sind vage. Bei Rentenniveau und Parität herrscht Fehlanzeige – und das Arbeitszeitgesetz will die Union aufweichen.

DIE LINKE
Die Linke fordert einen Ausbau des Sozialstaats und mehr Gerechtigkeit in der Steuerpolitik. Ihre Positionen beim Rentenniveau sowie für einen deutlich höheren Mindestlohn gehen über die Forderungen der IG Metall sogar hinaus.

SPD
Die SPD setzt sich für mehr soziale Gerechtigkeit und den Ausbau von Infrastrukturmaßnahmen ein. Zahlreiche Forderungen, wie etwa in der Arbeitsmarktpolitik stärker auf Qualifizierung zu setzen, greifen unsere Anliegen auf.

FDP
Bei der FDP gibt es alten Wein in neuen Schläuchen. Sie setzt auf Bildung, damit jeder Einzelne für sich Verantwortung übernehmen kann. Flexibilität bedeutet Flexibilität für Arbeitgeber. Kollektive Schutzvorschriften will sie zurückdrängen.

GRÜNE
Bei der Arbeitszeit oder einer Arbeitsmarktpolitik, die stärker auf Qualifizierung setzt, liegen die Grünen dicht an den Positionen der IG Metall. Mit Leidenschaft kämpfen sie für ihre Kernthemen Klima- und Umweltschutz – da gibt es Konflikte.

AFD
Bei nahezu allen Beschäftigten-Themen herrscht bei der AfD Fehlanzeige. Die Kandidatinnen und Kandidaten der aus Wirtschaftsvertretern entstandenen Partei zeichnen sich durch Abgrenzung und Rassismus statt Solidarität aus.

Politik für alle – sicher, gerecht und selbstbestimmt

DAS HABEN METALLERINNEN UND METALLER IN DEN VERGANGENEN JAHREN IM BUNDESTAG FÜR DIE BESCHÄFTIGTEN ERREICHT

27 Metallerinnen und Metaller sitzen im Bundestag. metallzeitung hat diese Abgeordneten gefragt: »Was habt Ihr in der vergangenen Legislaturperiode für die Beschäftigten erreicht?« Hier der zweite Teil der Umfrage.

Die Forderungen der IG Metall an die Politik:
IGMETALL.DE/WAHL2017

SIGMAR GABRIEL, SPD, AUSSENMINISTER UND VIZEKANZLER

»Als SPD-Minister und Vizekanzler habe ich dafür gesorgt, dass die folgenden Arbeitnehmervorhaben in Absprache mit der IG Metall und den DGB-Gewerkschaften durchgesetzt wurden: der Mindestlohn, die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren (und damit die Abschaffung der Rente mit 67 für alle diejenigen, die spätestens im Alter von 20 Jahren begonnen haben zu arbeiten), Verbesserungen bei der Betriebsrente und der Erwerbsminderungsrente, die Begrenzung von Leih- und Zeitarbeit und Werkverträgen, Vereinfachung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, die Sicherung von 15 000 Stellen beim Unternehmen Tengelmann, die Verdreifachung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau, den Ausbau der Krippen- und Kitaplätze, ElterngeldPlus. Dazu kommt der erfolgreiche Kampf für den Erhalt von Industriearbeitsplätzen zum Beispiel in der Stahlindustrie.«

Foto: Maurice Weiss

MARKUS PASCHKE, SPD, AUSSCHUSS FÜR ARBEIT UND SOZIALES

»Als Mitglied der SPD im Ausschuss Arbeit und Soziales und als Metaller habe ich dafür gesorgt, dass die Anliegen der Gewerkschaften in der SPD-Fraktion wieder eine zentrale Rolle einnehmen. Zudem war ich direkt an der Umsetzung des Mindestlohns, der Tarifeinheit und der rentenpolitischen Neuausrichtung der SPD beteiligt. Als zuständiger Berichterstatter der SPD habe ich die Änderungen im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz wesentlich mitgestaltet und verhandelt. Zudem habe ich einen weit über den Kompromiss hinausgehenden Grundsatzbeschluss der Fraktion mitentwickelt, der Grundlage für weitere Verbesserungen bei Leiharbeit und insbesondere Werkverträgen in der nächsten Legislaturperiode ist. Ein besonsderes Anliegen ist mir die Stärkung und der Ausbau der Mitbestimmung.«

Foto: PR

STEFAN REBMANN, SPD, ENTWICKLUNGSPOLITISCHER SPRECHER

»Das Thema Gute Arbeit ist für mich als Gewerkschafter eine Herzensangelegenheit. Die SPD konnte viele wichtige Gesetzesvorhaben durchsetzen: Mindestlohn, Frauenquote, Rente mit 63 und vieles mehr. Als entwicklungspolitischer Sprecher meiner Fraktion habe ich dafür gekämpft, dass Arbeitnehmerrechte auch international gewahrt werden. Wir wollen, dass Unternehmen ihren menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten entlang globaler Lieferketten nachkommen. Fairer statt freier Handel lautet hier das Stichwort. Dazu wurde der Nationale Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) verabschiedet. Dieser ist ein erster wichtiger Schritt. Zur Unterstützung des NAP habe ich unseren Antrag ›gute Arbeit weltweit‹ initiiert.«

Foto: PR

CLAUDIA TAUSEND, SPD, AUSSCHUSS FÜR ANGELEGENHEITEN DER EUROPÄISCHEN UNION

»Gute Arbeit – dafür haben wir uns in der Großen Koalition besonders eingesetzt. Und viel erreicht: Wir haben den Mindestlohn eingeführt, die Tarifautonomie gestärkt, die Tarifeinheit beschlossen und den Missbrauch bei Leiharbeit und Werksverträgen bekämpft. ›Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‹ muss auch zwischen den Geschlechtern gelten – hier haben wir mit dem Lohngerechtigkeitsgesetz einen wichtigen Schritt getan. Mit dem Aufstiegs-BAföG ermöglichen wir mehr Menschen den Zugang zu beruflicher Förderung und erleichtern den Karriereaufstieg.«

Foto: Marion Hogl

SABINE ZIMMERMANN, DIE LINKE, AUSSCHUSS FÜR ARBEIT UND SOZIALES

»Für mich als Gewerkschafterin sind natürlich das Zurückdrängen von prekärer Beschäftigung und das Entstehen guter Arbeit ein Hauptanliegen, zum Beispiel ein Mindestlohn von zwölf Euro, Streichung der Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung, Abschaffung der systematischen Niedriglohnbeschäftigung in Form der Leiharbeit und über Werkverträge, Stärkung der gesetzlichen Rente und die Rücknahme der Rente erst ab 67. Unsere entsprechenden Anträge wurden von der Großen Koalition natürlich abgelehnt. Trotzdem glaube ich, dass durch Die Linke gewerkschaftliche Themen im Bundestag präsenter sind.«

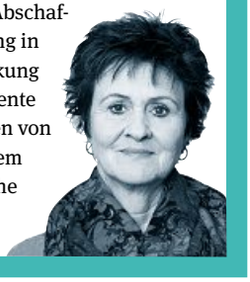


Foto: PR

MARTINA STAMM-FIBICH, SPD, GESUNDHEITSAUSSCHUSS

»Besonders stolz bin ich als ehemalige Betriebsrätin darauf, dass wir mehr Gerechtigkeit und klare Regeln bei Werkverträgen und Leiharbeit erkämpft haben – gegen den Widerstand der Union. Wir haben klargestellt, dass Leiharbeitnehmer nicht als Streikbrecher missbraucht werden dürfen und bei den Schwellenwerten zur Unternehmensmitbestimmung mitzählen. Wir haben auch erreicht, dass Leiharbeitsverträge nicht mehr risikolos als Werkverträge deklariert werden können. Missbrauch kann jetzt endlich sanktioniert werden und wir haben die Informationsrechte von Betriebsräten gestärkt.«

Foto: Marco Leibetseder/editorial240.com

UWE SCHUMMER, CDU/CSU, BILDUNGSAUSSCHUSS

»Mein Schwerpunkt lag beim Bundesteilhabegesetz und der damit verbundenen Stärkung der Schwerbehindertenvertretung. Es wurden die Freistellungen verbessert, die materielle Unterstützung, Aufwertung der Stellvertreter und stärkere Informationsrechte bei einer Kündigung. Des Weiteren wollen wir mit einem Budget für Arbeit die Beschäftigung und Inklusion behinderter Menschen ab 2018 weiter verbessern.«

Foto: Gebhard Bücker

HUBERTUS HEIL, SPD, GENERALSEKRETÄR DER SPD

»In der Energiepolitik habe ich mich dafür eingesetzt, dass die Ziele der Energiewende – sauber, sicher und bezahlbar – im Einklang stehen. Erneuerbare Energien müssen auch aus industriepolitischer Sicht gefördert werden. Besonders am Herzen lagen und liegen mir auch die Belange der Stahlindustrie. Sie darf weder durch den Import von gedumpten Stahl aus China noch durch die – notwendige – Reform des Emissionshandels gefährdet werden. Dieses Signal haben wir mit einer Initiative im Bundestag bekräftigt. Mir ist besonders wichtig: Wir dürfen die industrielle Basis in unserem Land niemals aufgeben.«

Foto: Susi Knoll

ALEXANDER ULRICH, DIE LINKE, AUSSCHUSS FÜR ANGELEGENHEITEN DER EUROPÄISCHEN UNION

»Ohne unser Beharren seit 2005 hätten wir heute noch keinen Mindestlohn. Zudem kommt dank unseres parlamentarischen Engagements heute niemand mehr an Themen wie der Begrenzung von Leiharbeit und der Bekämpfung von Altersarmut vorbei. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat darüber hinaus unser Kampf gegen Handelsverträge à la CETA konkrete Folgen. TTIP liegt auf Eis, CETA wurde zumindest entschärft. Auch in der nächsten Legislaturperiode werden viele arbeitnehmerrelevante Fragen zu entscheiden sein. Dabei gilt: Je stärker Die Linke, desto sozialer das Land.«

Foto: PR

JUTTA KRELLMANN, DIE LINKE, GEWERKSCHAFTSPOLITISCHE SPRECHERIN DER LINKEN

»Als Linke in der IG Metall verstehe ich mich als Sprachrohr der Erwerbstätigen und Gewerkschaften im Bundestag. Als gewerkschaftspolitische Sprecherin gestalte ich aktiv Debatten und mische mich im Sinne der Beschäftigten ein. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Wirtschaft den Menschen dienen muss und nicht umgekehrt. Von mir wurden viele Anträge in den Bundestag eingebracht. So forderte ich unter anderem eine Anti-Stress-Verordnung, das Recht auf Rückkehr in Vollzeit, die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, dass Leiharbeit und Werkverträge reguliert werden und dass Betriebsratswahlen erleichtert werden. Zwei Betriebsräte-konferenzen mit je 400 Teilnehmern zum Thema ›Union-Busting‹ habe ich organisiert.«

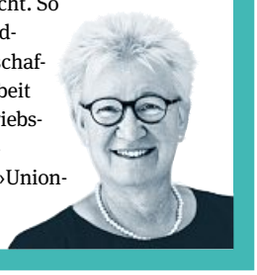


Foto: PR

DAGMAR SCHMIDT, SPD, AUSSCHUSS FÜR ARBEIT UND SOZIALES

»Die SPD hat den Mindestlohn eingeführt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert. Als Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales habe ich mich besonders mit dem Thema Rente beschäftigt. Erstmals seit Jahrzehnten haben wir deutliche Verbesserungen in der Rente erreicht: abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren, 5 Jahre mehr Zurechnungszeit bei der Erwerbsminderungsrente, bessere Reha-Leistungen und flexible Eingänge in die Rente. Wir haben erste Schritte bei der Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen unternommen. Streikbruch durch Leiharbeit haben wir beendet. Wir haben viel, aber lange nicht alles erreicht. Die Digitalisierung der Arbeitswelt muss gestaltet werden: im Bereich Arbeitszeit, Arbeitsschutz, Beschäftigtendatenschutz, Mitbestimmung und Teilhabe und durch einen starken Sozialstaat. Es gibt noch viel zu tun. Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit.«

Foto: PR

MATTHIAS W. BIRKWALD, DIE LINKE, AUSSCHUSS FÜR ARBEIT UND SOZIALES

»Dass es einen gesetzlichen Mindestlohn gibt, ist auch auf Die Linke zurückzuführen. Ich persönlich kämpfe seit 1995 für einen gesetzlichen Mindestlohn, damals noch in der PDS. Im Jahr 2016 habe ich mit einem Antrag an den Bundesparteitag der Linken erreicht, dass sich Die Linke für einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von zwölf Euro einsetzt. Dass nach 15 Jahren Rentenkürzungen endlich wieder über das zu niedrige Rentenniveau diskutiert wird, ist nicht zuletzt der Fraktion Die Linke im Bundestag zu verdanken, die seit Jahren mit Gesetzesinitiativen und Anfragen für eine armutsfeste und lebensstandardsichernde Rente für alle kämpft.«

Foto: PR

Arbeitszeiten, die zum Leben passen

Arbeitszeitkongress Beschäftigte wünschen sich Arbeitszeiten, die zum Leben passen. Sie wünschen sich, mehr selbst über ihre Zeit bestimmen zu können, und sie wollen, dass Flexibilität auch für ihr Privatleben gilt. Auf dem Arbeitszeitkongress der IG Metall diskutierten 850 Mitglieder der Tarifkommissionen aller Bezirke, was das für die Tarifpolitik heißt.

Von Fabienne Melzer

Arbeitszeitkongress in Mannheim: Metallerinnen und Metaller diskutierten rund um das Thema Arbeitszeit.

Foto: Daniel Rothenberger

ANNALENA STEIDLE, 22

»Der schönste Moment auf dem Arbeitszeitkongress war für mich, als Jörg Hofmann die Jugendforderung vor dem ganzen Plenum vorlas. Dies zeigt mir: Wir sind laut. Und vor allem: Wir werden gehört.

Generell wünsche ich mir, dass die 35-Stunden-Woche nicht nur in unserem Tarifvertrag steht, sondern auch gelebt wird. Ich wünsche mir, dass meine Kollegen und Kolleginnen mich nicht mehr fragend anschauen, wenn ich nach meinem 7-Stunden-Tag nach Hause gehe, sondern dass es auch für sie zur Selbstverständlichkeit wird. Außerdem wünsche ich mir, dass klare Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit gesetzt werden, damit ich auch in der Digitalisierung weiß: Jetzt ist meine Zeit, die ganz alleine mir gehört.«

Arbeit und Freizeit verschwimmen. Dieter Seidel, Betriebsratsvorsitzender bei Daimler in Kassel, muss sich nur in seinem Betrieb umschauen. »Arbeiten am Samstag, das war früher die große Ausnahme. Heute geht ein Drittel unserer Schichten ins Wochenende«, sagte Seidel auf dem Arbeitszeitkongress der IG Metall in Mannheim. »Die Wochenenden, an denen man mit Freunden auf dem Balkon sitzt und die Sonne genießt, werden seltener.«

Schichtarbeit, ständige Erreichbarkeit am Abend und im Urlaub – der Rhythmus der Globalisierung, der Druck der Märkte bestimmen, wann Beschäftigte arbeiten und wann sie freihaben. Das belastet nicht nur das Privatleben, es schadet auch der Gesundheit. Deshalb lautet das Ziel der IG Metall: mehr Selbstbestimmung und Gerechtigkeit in der Arbeitszeit. Wie sie dieses Ziel tarifpolitisch erreichen kann, diskutierten rund 850 Mitglieder der Tarifkommissionen aus allen Bezirken während des Arbeitszeitkongresses in Mannheim.

Mehr selbstbestimmen Die große Mehrheit der Beschäftigten will Arbeitszeiten, die zum Leben passen. Sie wollen Arbeitszeiten, die genug Zeit für das Leben neben der Arbeit lassen und über die sie selbst bestimmen können. Das brachte die Beschäftigtenbefragung der IG Metall mit mehr als 680 000 Beteiligten zum Ausdruck und es zeichnete sich auch in zahlreichen Beiträgen auf dem Arbeitszeitkongress ab.

Angesichts dieses Votums kritisierte Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, die Arbeitgeber. Ihr Konzept aus »Vollzeit plus Überstunden plus Leistungsverdichtung plus Flexibilität« habe ausgedient. Hofmann fordert einen arbeitszeitpolitischen Aufbruch. Das Ziel: mehr Selbstbestimmung über die Arbeitszeit. Mehr Gerechtigkeit im Arbeitsleben – etwa durch vorübergehende Arbeitszeitreduzierung mit Entgeltausgleich für Kinder, Pflege und im Schichtbetrieb, verbunden mit dem Recht, zur 35-Stunden-Woche zurückkehren zu können. »Kinder, Pflege und Gesundheit – hier geht es nicht um Selbstoptimierung, sondern um gesellschaftlich Notwendiges. Dazu haben Arbeitgeber ihren Beitrag zu leisten«, sagte Hofmann.

Angesichts der wirtschaftlichen Lage hält der Erste Vorsitzende der IG Metall die anstehende Tarifrunde für den richtigen Zeitpunkt für einen arbeitszeitpolitischen Aufbruch. Die Wirtschaft befinde sich im achten Jahr nach der Krise im Aufschwung und die Ertragslage vieler Betriebe sei glänzend.

Die 35-Stunden-Woche ist und bleibt die Wunscharbeitszeit für die große Mehrheit der Beschäftigten. »Die 35 steht für ihre Bedürfnisse nach sicherer

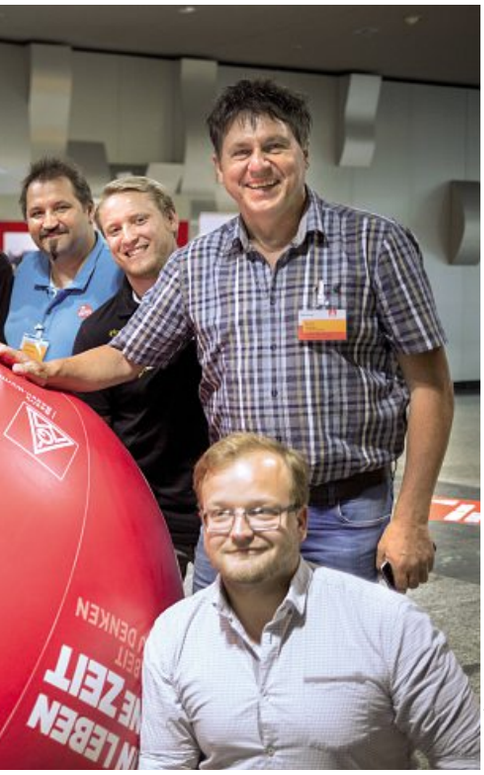


Foto: Stephen Petrat

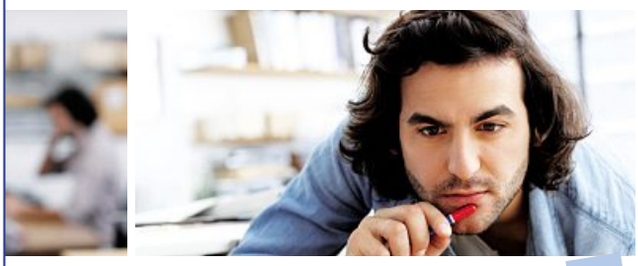
Beschäftigung, gesunden Arbeitszeiten und selbstbestimmtem Leben«, sagte Hofmann. Dennoch arbeiten 80 Prozent der Beschäftigten regelmäßig länger als 35 Stunden. Und deutlich mehr Beschäftigte haben 40-Stunden-Verträge, als die Tarifverträge vorsehen. Es gehe nun darum, die 35 als gemeinsame Erfolgsgeschichte weiterzuschreiben.

Wunscharbeitszeit 35 Die 35 ist wichtig im Westen und im Osten. Das zeigten zahlreiche Beiträge von Kolleginnen und Kollegen aus den neuen Bundesländern, wo in der Metall- und Elektroindustrie nach Tarifvertrag noch 38 Stunden pro Woche gearbeitet wird. Sie forderten: »35 für alle.« Für alle, bei denen sie nicht mehr gelebt wird und für alle, bei denen sie noch nicht gilt.

Eine klare Absage erteilten die Konferenzteilnehmer allen Bestrebungen, das Arbeitszeitgesetz aufzuweichen. Jörg Hofmann: »Selbstbestimmt zu arbeiten heißt auch die rote Karte ziehen zu können und zu sagen: Jetzt ist Schluss für heute! Deshalb muss es auch in Zukunft verlässliche tarifliche und gesetzliche Regelungen zur Ruhezeit geben.«

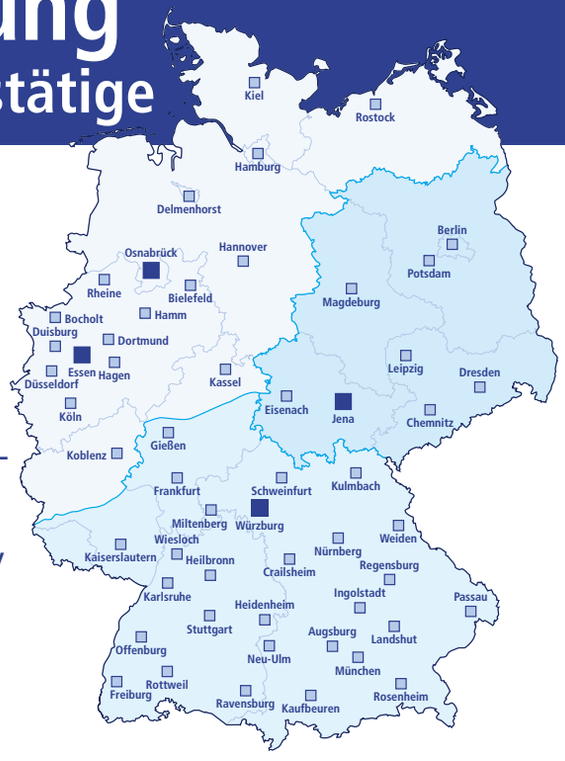
Die IG Metall wird die Arbeitszeitdebatte in den Betrieben fortsetzen und im Herbst die Forderungen für die anstehende Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie beschließen.

Anzeige



DAA-TECHNIKUM

Staatlich geprüfter
Techniker
Fortbildung
für Berufstätige



Fachrichtungen:
- Maschinentechnik
- Elektrotechnik
- Bautechnik
- Holztechnik
- Heizungs-, Lüftungs- und Klimatechnik
- flexibel und effektiv lernen mit der Dualmethode®
- bundesweit über 50 Studienorte für den Samstagsunterricht

Geprüfter Technischer Betriebswirt
Berufsbegleitende Fortbildung für staatlich geprüfte Techniker, Meister, Ingenieure und Technische Fachwirte

Studienhandbuch und Studieninformation kostenfrei unter 0201 8316510

www.daa-technikum.de

Illustration: Rainer Claus/fotolia.com

Gemeinsam die Ausbildung verbessern

Ausbildungsqualität Jugend- und Auszubildendenvertretungen kümmern sich um alle Fragen rund um die Ausbildung. Sie sichern und verbessern die Qualität der Ausbildung im Betrieb. Das gelingt am besten, wenn sie gemeinsam mit dem Betriebsrat und den jungen Kollegen dafür kämpfen. **Von Jan Chaberny**

Eigentlich kein großes Ding, der Auftrag, an jenem Morgen vor zwei Jahren: »Geh mal in Deine neue Abteilung, frag den Meister, ob Du nicht schon ein paar Tage früher anfangen kannst.« Das gab der Ausbildungsleiter Fabian Schroth mit auf den Weg. Fabian, damals im zweiten Ausbildungsjahr, drehte sich um, fragte: »Und woran erkenne ich ihn, den Meister?« »Da habe ich gesagt bekommen: Der trägt ein gestreiftes Hemd. Aber als ich dann in der Abteilung stand, trug so ziemlich jeder ein gestreiftes Hemd. Da musste ich mich erst mal durchfragen, bis ich den Richtigen gefunden hatte. Das war aufwendig.«

Mittlerweile hat Fabian Schroth seine Ausbildung zum Konstruktionsmechaniker abgeschlossen, er ist stellvertretender JAV-Vorsitzender beim Kranhersteller Terex/Demag in Wetter – gemeinsam haben sie diesen Punkt verbessert. Heute findet jeder schneller einen Ansprechpartner: Möglich machen das die »ABBA-Mappen«, die »Ausbildungsbeauftragten-Mappen«, die Fabian zusammen mit der JAV eingeführt hat. Ausbildungsbeauftragten-Mappen. Ein sperriges Wort. Aber die Idee, die dahinter steckt, ist einfach und nützlich: »Wir haben uns überlegt, wie wir die Auszubildenden intensiv auf ihre Einsätze in den jeweiligen Abteilungen vorbereiten können«, sagt Fabian Schroth. Mit den ABBA-Mappen ist ihnen das gelungen – mit ihnen sind alle jungen Kolleginnen und Kollegen bei Terex immer gut vorbereitet und informiert. Und sie werden während ihrer Einsätze in den Abteilungen betreut.

Wichtige Informationen Die Mappen sind handelsübliche DIN-A4-Mappen, in ihnen befinden sich alle wichtigen Informationen aus der Abteilung, die der Auszubildende gerade durchläuft: Adressen, Telefonnummern, Informationen darüber, wer der Meister ist, wie viele Menschen in der Abteilung arbeiten, wie die Abteilung aufgebaut ist. Jede Auszubildende, jeder Auszubildende, und bei Terex/Demag gibt es derzeit rund 100, bekommt vor dem Einsatz in einer Abteilung eine speziell zugeschnittene Mappe in die Hand – und kann sich mit ihr vorab auf die Abteilung vorbereiten. »Die Mappen enthalten aber nicht nur Informationen über die Abteilungen«, sagt Fabian Schroth. »In ihnen wird auch Wissenswertes über den aktuellen Stand der Auszubildenden festgehalten.« Vermerkt ist zum Beispiel, ob der junge Kollege einen Kranführerschein besitzt oder ob

Foto: Thomas Range

FABIAN SCHROTH, 23

»Ich habe mich daran erinnert, wie orientierungslos ich als Auszubildender manchmal im Betrieb rumgelaufen bin. Das musste sich ändern.«

Foto: Annette Kasenbacher

EDUARD GERTNER, 22

»Wir Auszubildenden hatten nie einen Überblick darüber, in welche Abteilung man kommt. Mit unseren Ausbildungsdurchlaufplänen soll sich das nun ändern.«

die junge Kollegin bereits einen Hydraulikkurs absolviert hat. »Der Meister bekommt so einen besseren Überblick und kann dann gezielt fördern. Das allein ist schon viel wert.«

Gezielte Förderung Das alleine ist es aber nicht. Bestandteil jeder Mappe sind auch sogenannte »Lernzielkontrollbögen.« Wieder ein langes Wort. Wieder eine wichtige Sache. Was dahintersteckt? Kein Text, keine Prüfung, kein Abfragen. Stattdessen: Gespräche zwischen Auszubildenden, Ausbildungsbeauftragten und dem Meister einer Abteilung über den jeweiligen Stand der Berufsausbildung. »In diesen Gesprächen geht es um die Stärken und Schwächen der Kollegen, darum, wie man sie unterstützen kann«, sagt Fabian Schroth.

Die Lernzielbögen seien eine gute Grundlage für die Gespräche, mit ihnen bekämen alle Kontrollmöglichkeiten über ihre Ausbildung in die Hand. »Die Auszubildenden sind begeistert von den Mappen«, sagt der 23-Jährige. »Ohne ihr grünes Licht aber hätten wir uns nicht für die Mappen starkmachen können. Und ohne die Unterstützung des Betriebsrats hätten wir die Einführung der Mappen nicht durchsetzen können.«

Diese Erfahrung machen junge Aktive überall in den Betrieben, wenn sie etwas für Auszubildende erreichen wollen: Es geht nur gemeinsam mit den jungen Kolleginnen und Kollegen. Es geht nur, wenn der Betriebsrat eingebunden ist und sie unterstützt.

Leander Hobusch, JAV-Vorsitzender der Sartorius Corporate Administration in Göttingen, hat mit seinem Team auf diese Unterstützung gebaut – so gelang es, für die Auszubildenden des Pharma- und Laborzulieferers die Einstellung einer weiteren Ausbilderin von der Geschäftsführung genehmigt zu bekommen. »Der hausinterne Unterricht für unsere Auszubildenden wird durch Externe geleistet, für alles Organisatorische zu den jeweiligen Ausbildungsgängen sind Kollegen aus den Abteilungen verantwortlich«, sagt der 23-Jährige. Das Problem war, dass diese Kollegen ihre Arbeit ehrenamtlich leisten und häufig nicht die fünf Stunden pro Woche Zeit haben, die sie eigentlich für die Auszubildenden haben sollten. »Uns war klar, wir brauchen dringend einen zusätzlichen Ausbilder.«

Bei der Geschäftsführung stieß die Jugendvertretung anfangs auf taube Ohren. »Wir mussten eine Strategie entwickeln, auf welchem Weg wir unser Ziel erreichen können.« In den JAV-Sitzungen sammeln sie Argumente, zusammen mit den Auszubildenden nutzen sie jedes Gespräch mit der Ausbildungsleitung, um auf den Missstand aufmerksam zu machen. Parallel dazu sprechen Leander Hobusch und sein Team mit der Personalführung, um auch auf dieser Ebene das Problem deutlich zu machen.

»Um den Druck zu erhöhen, haben wir dann noch eine Umfrage zur Qualität der Ausbildung unter allen Auszubildenden durchgeführt. Die Ergebnisse, die wir auch auf einer Betriebsversammlung vorgestellt haben, zeigten klar, dass die jungen Kollegen sich mehr persönliche Betreuung wünschen und das nur mit einer zusätzlichen Ausbilderstelle möglich ist.« Schlussendlich haben wir sie auch bekommen. »Man braucht einen langen Atem, man darf sich nicht entmutigen lassen«, sagt Leander Hobusch.

Auch Eduard Gertner weiß das. Seit 2016 ist der 22-Jährige JAV-Vorsitzender bei der Firmengruppe Simon, 750 Beschäftigte arbeiten am Standort im Landkreis Rottweil. Eduard Gertner hat hier Industriekaufmann gelernt – und musste während seiner Ausbildung oft, und häufig ohne Vorlaufzeit, die Abteilung wechseln. »Ich habe am Freitag gesagt bekommen, dass ich vom Zentraleinkauf in die Finanzbuchhaltung wechseln muss, weil dort jemand ausgefallen ist. Wir Auszubildenden hatten nie einen Überblick darüber, in welche Abteilung man kommt und wie lange man dort bleibt.«

Direkte Gespräche Jetzt, als JAV-Vorsitzender, setzt sich Eduard Gertner dafür ein, dass »Ausbildungsdurchlaufpläne« eingeführt werden; in ihnen soll verbindlich festgehalten sein, wie lange ein Auszubildender, eine Auszubildende in welcher Abteilung ist. Nur so können sich die jungen Kollegen und Kolleginnen auf ihren Einsatz in den Abteilungen vorbereiten. »Dazu brauchen wir Bewertungsbögen für den kaufmännischen und den gewerblichen Bereich, die es den Kollegen ermöglichen, in Gesprächen mit der Ausbildungsleitung einen Überblick über ihren Ausbildungsstand zu bekommen.«

Gerade sind sie dabei, solche Bögen zu entwerfen. Bis diese abgestimmt und durchgesetzt sind, wird es noch ein bisschen dauern, sagt Eduard Gertner. Davon lasse er sich nicht entmutigen. Alles brauche eben seine Zeit.

Foto: Alexander Neff

LEANDER HOBUSCH, 23

»Die persönliche Betreuung der jungen Kolleginnen und Kollegen kam zu kurz. Wir brauchten dringend einen zusätzlichen Ausbilder.«

Eine gute Kombi – **duales Studium** und Gewerkschaft

Recht so Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, dual zu studieren. Doch welchen Status haben dual Studierende? Sind sie Auszubildende, Studierende oder beides? Tjark Menssen erläutert die Unterschiede.

Foto: Frank Ott/DGB Rechtsschutz

Tjark Menssen ist Jurist bei der DGB Rechtsschutz GmbH.

Duale Studiengänge verknüpfen ein Studium an einer Hochschule oder (Berufs-) Akademie mit regelmäßigen ausgiebigen Praxisphasen in einem Betrieb oder gar einer anerkannten betrieblichen Berufsausbildung. Theoriephasen an der Hochschule oder Akademie wechseln sich dabei mit praktischen Phasen im Ausbildungsbetrieb ab. Voraussetzung für eine Zulassung ist in der Regel, dass nicht nur die Hochschule einen Studienplatz bereitstellt, sondern auch ein Betrieb sich bereit erklärt, die Praxisbetreuung zu übernehmen beziehungsweise einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Das duale Studium dauert in der Regel drei bis vier Jahre. Es gibt verschiedene Formen des dualen Studiums:

- Das ausbildungsintegrierte duale Studium: Hier wird das Studium mit einer Ausbildung kombiniert. Dabei hast Du zwei Abschlüsse in der Tasche: den Bachelor und einen von der Industrie- und Handelskammer anerkannten Berufsabschluss.
- Das praxisintegrierte duale Studium: Hier wird das Studium mit Praxisphasen im Betrieb kombiniert. Die theoretische Ausbildung der Hochschule wird um praktische Erfahrungen und Übungen ergänzt.

Arbeitsrecht und Tarifverträge Auch für dual Studierende gelten die Bestimmungen aus dem Arbeitsrecht uneingeschränkt, wie zum Beispiel maximale Wochenarbeitszeiten oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

In Tarifverträgen sind bessere Regelungen vereinbart als im Gesetz. Tarifverträge werden zwischen Arbeitgebern oder Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften abgeschlossen und gelten für die Mitglieder der Gewerkschaft. Leider gibt es zurzeit nur wenige Tarifverträge für dual Studierende. Das will die IG Metall ändern. Sie arbeitet daran, dual Studierende und Auszubildende rechtlich gleichzustellen und damit eine Tarifbindung herzustellen. In einzelnen Branchen und Unternehmen hat sie bereits tarifliche Regelungen für dual Studierende vereinbaren können, etwa bei Volkswagen, Sartorius und Mahr in Göttingen, Dräger, ZF in Niedersachsen, Howaldtswerke-Deutsche Werft in Kiel, Thyssen-Krupp Steel Europe und Thyssen-Krupp Marine Systems in Kiel, um nur einige zu nennen. Auch in den Branchen Handwerk und Kfz-Handwerk in Niedersachsen sowie im Bereich Feinwerktechnik und Metallbau in Baden-Württemberg hat die IG Metall Regelungen vereinbart.

Mitglied werden Darum lohnt es sich, schon während des Studiums der Gewerkschaft beizutreten – denn: Einen Rechtsanspruch auf tarifliche Leistungen haben dual Studierende nur, wenn sie Mitglied sind. Zudem erhalten Studierende Rechtsschutz in arbeits- und sozialrechtlichen Fällen, und zwar auch bei Prüfungsstreitigkeiten, wenn die erfolgreiche Fortsetzung oder Beendigung des Studiums von der Prüfung abhängt.

Mehr Wissen

Das Hochschulinformationsbüro der IG Metall bietet Studierenden zahlreiche Materialien sowie nützliche Tipps rund um das duale Studium. Zudem findet Ihr dort die lokalen Ansprechpartner der IG Metall:
hochschulinformationsbuero.de

IG Metall **rechnet sich** für Azubis

Geld, Urlaub, Spaß Gutes Einkommen, mehr Urlaub, Kontakt zu anderen jungen Leuten, Rat und Hilfe und vieles mehr: Warum es sich lohnt, in der IG Metall zu sein.

Foto: alfexe/fotolia.de

Ob beim Einkommen oder im Urlaub: In der IG Metall zu sein, zahlt sich aus.

Der »Stift« hat's schwer: dem Chef das Zweitfrühstück holen, sich herumkommandieren lassen, den Dreck wegmachen. Bis zu 60 Stunden in der Woche. Für ein lumpiges Taschengeld. »Lehrjahre sind keine Herrenjahre.« So war das, als Papa und Opa Lehrlinge waren. (Lehrlinge waren meist Jungs.)

Dass die Zeiten heute anders sind, verdanken Auszubildende den Gewerkschaften. Sie haben durchgesetzt, dass Auszubildende nicht mehr wie Leibeigene behandelt werden, sondern Rechte und Ansprüche haben und selbstbewusste junge Frauen und Männer sein können. Vor allem, wenn sie in der IG Metall sind und für sie die Tarifverträge gelten, die die IG Metall für ihre Mitglieder abgeschlossen hat.

Arbeitszeit und Urlaub Tarifverträgen haben es Auszubildende zum Beispiel zu verdanken, dass sie nur noch 35 bis 38 Stunden in der Woche arbeiten, je nachdem, wo und in welcher Branche sie lernen. Das ist viel besser als das Arbeitszeitgesetz. Denn danach könnten sie bis zu 60 Stunden beschäftigt werden. Nach Tarif stehen ihnen auch mehr Urlaubstage zu als nach dem Gesetz: 30 Arbeitstage anstatt nur 24 Werktage.

Geld Die IG Metall sorgt auch dafür, dass mit jedem neuen Entgelttarifvertrag, den sie mit den Arbeitgebern abschließt, die Ausbildungsvergütungen steigen. Zurzeit verdient ein Auszubildender in einem Stahlwerk im ersten Jahr etwa 853 Euro monatlich, im vierten 970 Euro, in der Metallindustrie, je nach Region, im ersten Jahr 936 bis 1004 Euro, im vierten Jahr 1094 bis 1211,50 Euro. Dazu kommen Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

Mehr Infos

Für alle, die zu den einzelnen Themen Genaues wissen wollen, hat die IG Metall Jugend viele Infos zusammengestellt. Sie sind im Internet zu finden unter:
igmetall.de/jugend

Übernahme Auch das gibt es nur mit Tarifvertrag: Wer seine Ausbildung erfolgreich abgeschlossen hat, wird übernommen. Mindestens ein Jahr. In der Metall- und Elektroindustrie sowie Stahlindustrie in der Regel unbefristet.

Nur mit Tarif Ob Übernahme, Geld, Arbeitszeit, Urlaub oder Sonderzahlungen: Einen Anspruch darauf, der sich bei Konflikten mit dem Arbeitgeber auch gerichtlich einklagen lässt, haben nur Mitglieder.

Mitreden Jugendliche in der IG Metall können sich über Erfahrungen und Probleme austauschen und mitreden: etwa in Arbeitskreisen und den Jugendausschüssen der IG Metall vor Ort – regional und auf Bundesebene. Und als Jugend- und Auszubildendenvertretung in den Betrieben. Die IG Metall unterstützt sie dabei und macht sie in Seminaren fit dafür.

Bilden Überhaupt bietet die IG Metall ein ganzes Paket an Bildungsveranstaltungen für Auszubildende, dual Studierende sowie junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Außerdem jede Menge Infos in Broschüren, auf der IG Metall-Homepage, auf Facebook und Instagram. Und zehn Mal im Jahr bekommen Mitglieder die metallzeitung kostenlos nach Hause geschickt.

Service Die Expertinnen und Experten der IG Metall beraten vor Ort etwa wenn es rechtliche Probleme im Betrieb, mit der Rentenversicherung, der Krankenkasse oder der Arbeitsagentur gibt. Bei Streitigkeiten vor Gericht, zum Beispiel um das Ausbildungszeugnis oder bei einer Abmahnung, bietet die IG Metall kostenlosen Rechtsschutz. Außerdem erhalten Mitglieder Serviceleistungen wie die International Student Identity Card (ISIC), die Vergünstigungen im Ausland bietet und auch für Azubis gilt, und eine Freizeitunfallversicherung.

Foto: Andreas Gummerer

YASMIN GEBHARDT, 21

»Ich bin Industriemechanikerin bei Schaeffler Technologies in Herzogenaurach und Mitglied in der Jugend- und Auszubildendenvertretung. Nach meiner Ausbildung wurde ich unbefristet übernommen wie die anderen Ausgelernten. Nächsten Februar beenden 43 Jugendliche ihre Ausbildung. Der Arbeitgeber informierte, dass etwa die Hälfte von ihnen nicht oder nur befristet übernommen werden soll. Beschäftigungsprobleme seien der Grund dafür. Das sehen wir nicht ein – und kämpfen dagegen. Anhand der Neueinstellungen von Leiharbeitern kann man jedoch sehen, dass solche nicht existieren. Der Betriebsrat und wir sind mit den Auszubildenden im Gespräch. Die IG Metall würde den betroffenen Mitgliedern Rechtsschutz gewähren.«

Guter Rat

Tipps zum Start der Ausbildung

Rechte und Pflichten Gerade mit der Ausbildung begonnen? Dann solltest Du Deine Rechte kennen – und die Pflichten. Zum Beispiel bei wem Du Dich melden musst, wenn Du krank wirst. metallzeitung beantwortet die wichtigsten Fragen.

Was muss im Ausbildungsvertrag stehen?
Das muss auf jeden Fall drinstehen: Beginn und Dauer der Ausbildung; Beruf; Wochenarbeitszeit, Ausbildungsort, Probezeit, Länge des Urlaubs und wie hoch die Vergütung ist. Den Vertrag musst Du spätestens zu Beginn der Ausbildung erhalten. Er muss von Dir und Deinem Arbeitgeber unterschrieben sein.

Wie lang ist die Probezeit?
Maximal vier Monate. In dieser Zeit kann der Arbeitgeber Dir jederzeit ohne Kündigungsfrist und Begründung kündigen. Wenn Du nach der Ausbildung übernommen wirst, ist eine weitere Probezeit nicht zulässig.

Darf der Chef mir nach der Probezeit kündigen?
Nach dem Berufsbildungsgesetz ist das nur aus einem »wichtigen Grund« möglich, etwa bei schwerem Diebstahl oder wenn Du häufig unentschuldigt fehlst. Dann muss der Chef dir innerhalb von zwei Wochen kündigen, sonst ist die Kündigung unwirksam.

Ist die Berufsschulzeit Arbeitszeit?
Ja, der Arbeitgeber muss Dich dafür freistellen. Dafür darf Dir kein Urlaub abgezogen werden und Du musst die Berufsschulzeit auch nicht im Betrieb nachholen. Gleiches gilt für Prüfungen oder Bildungsmaßnahmen außerhalb des Betriebs.

Muss ich vor der Berufsschule noch in den Betrieb?
Nein, es sei denn, die Berufsschule beginnt erst nach 9 Uhr.

Und nach der Berufsschule?
Wenn Du unter 18 bist und mindestens fünf Unterrichtsstunden mit mindestens 45 Minuten am Tag im Blockunterricht hast, darf Dein Betrieb das

MIKE STOECK, 25

»In den Betrieben kommt es immer wieder mal vor, dass Auszubildende abgemahnt werden, etwa weil sie unentschuldigt zu spät gekommen sind. Manchmal gehen sie dann allein ins Personalbüro und unterschreiben die Abmahnung. Das ist aber ein großer Fehler. Denn die Firmen können solche Abmahnungen zum Beispiel zum Vorwand nehmen, um Azubis nach der Ausbildung nicht zu übernehmen. Darum empfehle ich allen Azubis, die Probleme haben, immer jemanden vom Betriebsrat und der JAV, also der Jugend- und Auszubildendenvertretung, mit ins Personalbüro zu nehmen. Ich bin selbst Vorsitzender der JAV bei Dormakaba in Ennepetal. Wir Jugendvertreter haben Erfahrungen, kennen die Rechte der Jugendlichen und können ihnen helfen. Die Betriebsräte unterstützen uns dabei.«

Foto: Anne-Marie Kaufmann

Illustration: Leonardo Pellegrino

nicht verlangen. Bei Volljährigen werden an Berufsschultagen oder bei Blockunterricht die Zeitstunden angerechnet. Ist die tägliche Arbeitszeit (laut Ausbildungsvertrag) noch nicht überschritten, können sie in den Betrieb geholt werden. Pausen und Wegezeiten zählen zur Berufsschulzeit. In vielen Branchen regeln Tarifverträge, wann Azubis noch in den Betrieb gehen müssen.

Ich lerne nichts im Betrieb. Was kann ich tun?

Wende Dich an Deine Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV), Deinen Betriebsrat oder Deine IG Metall. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, Dir alle für den Beruf notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten beizubringen.

Darf der Chef mir etwas von der Vergütung wegnehmen, wenn ich krank bin?

Nein. Du musst den Betrieb nur am ersten Tag vor Dienstbeginn informieren und ihm spätestens am dritten Tag die Krankmeldung zukommen lassen. Wenn Du an einem Berufsschultag krank wirst, musst Du den Arbeitgeber und die Berufsschule informieren.

Muss ich Überstunden machen?

Nein. Es sei denn, sie dienen der Ausbildung und ein Ausbilder ist anwesend. Sie müssen durch Freizeit ausgeglichen oder mit Zuschlag bezahlt werden.

Was ist eine Abmahnung?

Mit dieser »Gelben Karte« rügt der Chef Fehlverhalten. Nach mehreren Gelben Karten droht die Rote Karte: die Kündigung. Aber nicht jede Abmahnung ist gerechtfertigt. Darum: Lass Dich immer von der JAV, dem Betriebsrat oder der IG Metall vor Ort beraten.

Tipp

Du willst Deinen Ausbildungsnachweis lieber online führen und erinnert werden, falls Du einen Eintrag vergisst? Mehr zum digitalen Berichtsheft findest Du hier:
online-ausbildungsnachweis.de

Rat und Hilfe

Probleme mit Kolleginnen oder Kollegen? Auf sie zugehen und die Konflikte offen ansprechen, dabei sachlich und fair bleiben. Übertreibungen, Kraftausdrücke, Pauschalvorwürfe und Beleidigungen vermeiden. Lassen sich Probleme trotzdem nicht lösen, solltest Du die Jugendvertretung ansprechen. Auch bei Ärger mit Vorgesetzten oder in der Berufsschule steht Dir die Jugend- und Auszubildendenvertretung mit Rat und Hilfe zur Seite – gemeinsam mit dem Betriebsrat und der IG Metall.

- Deine IG Metall vor Ort findest Du unter:
  igmetall.de/vor-ort
- Weitere Informationen zu den Themen betriebliche Arbeitszeit, Berufsschule, Zwischenprüfung und mehr sowie ein Lexikon mit Begriffen rund um Ausbildung und duales Studium findest Du hier:
  igmetall.de/ausbildungsstart

Anzeige

Ausbildung per Nachvermittlung

Das Ausbildungsjahr hat zwar offiziell schon begonnen – doch zahlreiche Betriebe melden noch offene Stellen, nicht nur im Handwerk, auch in der Industrie. Wer eine Ausbildungsstelle sucht, sollte sich deshalb bei der Agentur für Arbeit melden. Dort läuft gerade die Nachvermittlung von Jugendlichen, die eine Ausbildungsstelle suchen. Die Jobbörse der Bundesagentur für Arbeit unterstützt Dich bei der Suche nach freien betrieblichen Ausbildungsstellen.
jobboerse.arbeitsagentur.de

Gezielte Suche Wenn Du eine technische, eine kaufmännische oder eine dienstleistungsorientierte Ausbildung machen willst, kannst Du Deinen Wunschberuf auf der sogenannten Lehrstellenbörse der Industrie- und Handelskammer in Deiner Region oder bundesweit suchen.

Über das sogenannte Lehrstellenradar des Deutschen Handwerkskammertags findest Du bundesweit freie Ausbildungsplätze in über 130 Handwerksberufen. Der Datenbestand der regional zuständigen Handwerkskammern wird laufend aktualisiert.
ihk-lehrstellenboerse.de
lehrstellen-radar.de

IG Metall fragen Auch Eure IG Metall vor Ort ist ein guter Ansprechpartner. Denn die Kolleginnen und Kollegen in den Geschäftsstellen wissen in der Regel, in welchen Betrieben noch Auszubildende gesucht werden. Kontakt:
igmetall.de/vor-ort

Weiter-**bilden** mit Tarif

Weiterbildung Die Tarifverträge der IG Metall machen Weiterbildung und Studium für alle möglich. In Teilzeit neben der Arbeit. Oder in Vollzeit, bis zu sieben Jahre, mit Jobgarantie danach. Was Ihr für Eure Bildung wissen solltet.

Bis zu sieben Jahre lang können sich Mitglieder der IG Metall in der Metall- und Elektroindustrie weiterbilden oder studieren.

Weiterbildung wird immer wichtiger, heißt es überall, umso mehr, da sich die Arbeitswelt durch die Digitalisierung rasant verändert. 72,5 Prozent der unter 35-Jährigen sehen das laut einer Umfrage der IG Metall genauso. Mit einer Weiterbildung steigen die Chancen auf einen besseren Job und mehr Geld.

Seit vielen Jahren engagiert sich die IG Metall dafür, dass Beschäftigte sich weiterbilden können. Sie hat etwa mit durchgesetzt, dass studieren auch ohne Abitur geht.

Für Eure Weiterbildung gibt es Fördergeld vom Staat, etwa BAföG und Meister-BAföG – und unter Umständen auch etwas vom Arbeitgeber, etwa dann, wenn Eure Weiterbildung notwendig für den Betrieb ist.

Fortbilden und studieren Eine Aufstiegs-Fortbildung könnt Ihr machen, wenn Ihr mindestens ein Jahr lang nach der Ausbildung in Eurem Beruf gearbeitet habt. Etwa zum Techniker, Meister oder Fachwirt, was in der Regel ein halbes Jahr bis zwei Jahre dauert.

Auch ohne Abitur studieren könnt Ihr je nach Bundesland nach ein bis drei Jahren im Betrieb, jedoch nur in Eurem Fachgebiet – als Mechatroniker geht etwa Mechatronik oder Elektrotechnik. Wenn Ihr jedoch zuvor eine Aufstiegs-Fortbildung macht, dürft Ihr alles studieren.

In Bildungsteilzeit gehen Anfang 2015 setzte die IG Metall in der Metall- und Elektroindustrie die Bildungsteilzeit durch: Mitglieder der IG Metall haben Anspruch darauf, sich bis zu sieben Jahre lang weiterzubilden oder zu studieren. Das können sie in Teilzeit neben der Arbeit. Oder indem sie für ihre Weiterbildung ganz aus dem Betrieb herausgehen, wobei ihnen der Betrieb schriftlich zusagt, dass sie danach

Die IG Metall sucht für ihre Vorstandsverwaltung in Frankfurt am Main zum 1. September 2018:

GEMEINSAM FÜR EIN GUTES LEBEN

Auszubildende zur Kauffrau/zum Kaufmann für Büromanagement

- Möchtest Du in einem Beruf mit Zukunft ausgebildet werden?
- Hast Du Spaß und Interesse an Sekretariatsarbeit?
- Bist Du kommunikationsstark und fällt es Dir leicht, Texte zu formulieren?
- Zuverlässigkeit und Lernbereitschaft sind für Dich selbstverständlich?
- Und hast Du mindestens einen guten Hauptschulabschluss? Dann freuen wir uns auf Deine Bewerbung!
- **ausbildung@igmetall.de** oder IG Metall Vorstand, FB Personal, Jasmin Welzenheimer, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt am Main. Bewerbungsschluss ist der 30. September 2017!
- Du brauchst mehr Infos? **igmetall.de**

Foto: vege/fotolia.de

wieder eingestellt werden. So steht es in den IG Metall-Tarifverträgen zur Bildung und Qualifizierung.

Bildungsteilzeit könnt Ihr beim Arbeitgeber beantragen, wenn Ihr fünf Jahre im Betrieb seid. Dann habt Ihr auch die nötige Berufserfahrung nach Eurer Ausbildung gesammelt, um Euch fortzubilden oder ohne Abitur zu studieren. Ihr könnt aber auch schon direkt nach der Ausbildung in Bildungsteilzeit gehen (so wie Rafael Nöhre, unten), etwa wenn Ihr zumindest Fachabitur habt. Den Antrag müsst Ihr spätestens sechs Monate vor Beginn der Bildungsteilzeit stellen.

In anderen Branchen hat die IG Metall ähnliche Regelungen durchgesetzt. In der Textil- und Bekleidungsindustrie etwa habt Ihr Anspruch auf bis zu einer Woche Weiterbildung im Jahr. Der Arbeitgeber bezahlt Euren Lohn weiter und gibt Zuschüsse zu den Kosten Eurer Weiterbildung.

Helfen lassen Bevor Ihr loslegt: Sprecht mit Eurem Betriebsrat, mit Eurer JAV oder mit Eurer IG Metall vor Ort. Dort könnt Ihr Euch beraten lassen – auch bei Fragen zur Finanzierung Eurer Weiterbildung.

Dirk.Erb@igmetall.de

Mehr Wissen

Infos zu Weiterbildungsmöglichkeiten und Finanzierung im Bildungsportal:
wap.igmetall.de
Infos zur Bildungsteilzeit:
igmetall.de/bildungsteilzeit

RAFAEL NÖHRE, 23

»Weiterbildung bringt Chancen auf bessere Arbeit. Ich habe gerade meine Ausbildung als Mechatroniker bei Getinge in Rastatt beendet und studiere nun Elektrotechnik. Sechs Monate vor Ende der Ausbildung habe ich meine Bildungsteilzeit beantragt. Das lief ganz locker. Nach fünf Jahren kehre ich wieder zu Getinge zurück, mit Garantie auf einen gleichwertigen Arbeitsplatz, bis eine Ingenieurstelle für mich frei wird.«

Foto: Gustavo Alàbiso

Zweite Chance für Studienabbrecher und Studienzweifler

Ein Studienabbruch bedeutet kein Scheitern der beruflichen Karriere. Wie der Wechsel zu anderen Berufswegen gelingen kann.

Ob ein Studium die richtige Ausbildung ist, merken viele erst, wenn sie an der Uni angekommen sind. Nach Daten des Deutschen Zentrums für Hochschulwissenschaften bricht etwa jeder dritte Bachelorstudent sein Studium ab. Doch ein Studienabbruch ist kein Beinbruch: Die Karriere- und Aufstiegschancen für Auszubildende sind besser als je zuvor. Und: Studienabbrecherinnen und -abbrecher sind bei den Unternehmen besonders gefragt.

Wer über eine allgemeine Hochschulzugangsberechtigung verfügt, kann beispielsweise eine berufliche Erstausbildung, die normalerweise drei Jahre dauert, durch den Nachweis des Abiturs, um sechs bis zu zwölf Monate verkürzen. Daneben gibt es noch weitere Möglichkeiten zur Verkürzung der dualen Ausbildung, die im Berufsbildungsgesetz und in der Handwerksordnung geregelt sind. Sind zusätzlich das bisherige Studium und der gewählte Ausbildungsberuf inhaltlich verwandt, können bereits erbrachte Studienleistungen ebenfalls bei der Ausbildungsdauer berücksichtigt werden. Oder Du legst bereits Teile der Meisterprüfung während der Ausbildung ab. Das Bundesbildungsministerium unterstützt Studienabbrecher und Betriebe, besser zusammenzufinden. Mehr dazu unter:
studienabbruch-und-dann.de

Karikatur: André Poloczek

Die Preise im September

Erster Preis:
eine IG Metall-Reisetasche

Zweiter Preis:
eine Alu-Lunchbox

Dritter Preis:
ein Fußball »Respekt!«

Rätsel

Die Bildausschnitte gehören zu Fotos, die Ihr in dieser Ausgabe der metallzeitung findet. Die Lösung ergibt sich aus der Summe der Seitenzahlen, auf denen die Bilder zu finden sind.

Einsenden*

Bitte die Lösung bis **24. September 2017** unter Angabe von Vor-, Nachnamen und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an: Redaktion metallzeitung, Preisrätsel, 60244 Frankfurt am Main. Oder per E-Mail an:
raetsel@igmetall.de

*Maschinell erstellte Lösungszuschriften sind von der Teilnahme ausgeschlossen.

›ANGEBOTE FÜR MITGLIEDER

Reisen, Vorsorge und Bildung: Tolle Angebote für Mitglieder bietet die Servicegesellschaft der IG Metall.
igmservice.de

›BILDUNG IM INTERNET

Hier findet Ihr das Bildungsprogramm der IG Metall und einen Ratgeber zum Bildungsurlaub:
igmetall.de/bildung

›DEINE GESCHÄFTSSTELLE

Hier findest Du Deine IG Metall-Geschäftsstelle:
igmetall.de/vor-ort

›HIER WIRST DU MITGLIED

Hier kannst Du Mitglied werden:
igmetall.de/beitreten

›LESERTELEFON

0800 446 38 25

Montag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr und Freitag 9 bis 13 Uhr (gebührenfreie Rufnummer)
Fax: 069 66 93-20 02
metallzeitung@igmetall.de

›LESERBRIEFE

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Zuschriften abzudrucken. Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder.

›IMPRESSUM

Herausgeber:
Jörg Hofmann,
Christiane Benner,
Jürgen Kerner

Anschrift:
Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt am Main

Chefredakteurin:
Susanne Rohmund
(verantw. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst:
Fabienne Melzer

Redaktion:
Simon Che Berberich,
Jan Chaberny, Dirk Erb,
Martina Helmerich,
Sylvia Koppelberg,
Antonela Pelivan
Gestaltung:
Gudrun Wichelhaus-Decher
Bildredaktion:
Michael Schinke
Sekretariat: Beate Albrecht

igmetall.de/metallzeitung

Angebot für Sehbehinderte:
metallzeitung gibt es auch als Word- oder PDF-Datei:
metallzeitung@igmetall.de

Vertrieb:
Thomas Köhler
Telefon: 069 66 93-22 24
Fax: 069 66 93-25 38
vertrieb@igmetall.de

Anzeigen:
Petra Wedel, Zweiplus Medienagentur,
Pallaswiesenstraße 109,
64293 Darmstadt
info@zweiplus.de

Druck und Versand:
apm AG, Darmstadt

Papier: metallzeitung erscheint zehn Mal im Jahr. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem **metallzeitung** gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus FSC- und PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Süddeutschland und der Schweiz stammt.